

Bericht

des

Ausschusses für soziale Verwaltung

über

das Gesetz (Beilage 114), betreffend die staatliche Entschädigung der Kriegsinvaliden, -Witwen und -Waisen (Invalidenentschädigungsgesetz).

Das Gesetz spricht in allen seinen Bestimmungen von Staatsbürgern und Geschädigten, selbstverständlich ohne Unterschied des Geschlechts. Um dies zum Ausdruck zu bringen, wurde im dritten Absatz des § 1 neben den deutschösterreichischen Staatsbürgern der Ausdruck „Staatsbürgerinnen“ eingefügt.

Der im zweiten Satze des Absatzes 3 des § 1 niedergelegte Gedanke wurde weiter ausgebaut und hierfür ein eigener Absatz vorgesehen. Die Ergänzung, die der Regierungsentwurf in dieser Bestimmung gefunden hat, beruht auf der Erwägung, daß die Erwerbung der deutschösterreichischen Staatsbürgerschaft bis spätestens 31. März (statt 1. März) 1919 vom Anspruchswerber dann nicht verlangt werden kann, wenn er seinen Anspruch auf die Schädigung eines Kriegsteilnehmers zurückführt, der in diesem Zeitpunkt aus der Kriegsgefangenschaft noch nicht zurückgekehrt war.

In solchen Fällen soll ein Vergütungsanspruch auch dann zu Recht bestehen, wenn der Anspruchswerber die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft in einem späteren Zeitpunkte erworben hat, vorausgesetzt, daß der geschädigte Kriegsteilnehmer durch mindestens fünf Jahre vor Kriegsausbruch im Gebiete des deutschösterreichischen Staates seinen ständigen Wohnsitz hatte. Durch diese Einschränkung soll verhütet werden, daß Personen, die weder nach ihrer Heimatberechtigung in einer Gemeinde des deutschösterreichischen Staates, noch durch einen längeren Wohnsitz in diesem Gebiete mit dem deutschösterreichischen Staate in einem engeren Zusammenhange stehen, lediglich wegen der mit dem vorliegenden Gesetze gebotenen weitgehenden Versorgungsansprüche diesen Zusammenhang nachträglich durch die Erwerbung der deutschösterreichischen Staatsbürgerschaft herzustellen vermöchten. Die vorliegende Bestimmung zugunsten von Kriegsgefangenen und ihren Hinterbliebenen durfte jedoch nicht auf solche Kriegsgefangene eingeschränkt werden, die am 31. März 1919 aus der Gefangenschaft noch nicht zurückgekehrt waren, weil berücksichtigt werden muß, daß einem heimgekehrten Kriegsgefangenen nicht zugemutet werden kann, innerhalb weniger Tage nach seiner Heimkehr die nötigen Schritte zur Erwerbung der deutschösterreichischen Staatsbürgerschaft unternommen zu haben. Die in Rede stehende Erleichterung war daher billigerweise auf alle jene Fälle auszudehnen, in welchen der Kriegsgefangene am 1. März 1919 noch nicht heimgekehrt war, sei es, daß er erst später oder infolge seines Todes während der Kriegsgefangenschaft überhaupt niemals zurückgekehrt ist. Nur dann, wenn der Kriegsgefangene schon vor dem 1. März 1919 heimgekehrt ist, wurde angenommen, daß ihm eine genügend lange Zeit zur Verfügung stand, um bis zum 31. März 1919 jene Erklärung bei der zuständigen Stelle abzugeben, durch welche nach § 2 des Gesetzes vom 5. Dezember 1918, St. G. Bl. Nr. 91, über das deutschösterreichische Staatsbürgerrecht, die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft erworben werden kann.

Im zweiten Absatz des § 4 wurde zum Ausdruck gebracht, daß unter den Organen des öffentlichen Gesundheitsdienstes, welche über die Notwendigkeit ärztlicher Hilfe, von Heilmitteln und orthopädischen Behelfen zu erkennen berufen sind, auch die Gemeindeärzte zu verstehen sind, da es für den Invaliden außerordentlich belastend erschiene, wenn er sich auch in dringenden Fällen an ein Organ des staatlichen Gesundheitsdienstes, also an den bisweilen weit entfernten Amtsarzt der politischen Bezirksbehörde, wenden müßte.

Im § 10 wurde der zweite Absatz gestrichen, welcher für die Beurteilung des Grades der Erwerbsfähigkeit die Annahme ausgesprochen hat, daß ein noch nicht abgeschlossener Bildungsgang in bestimmten Fällen als vollendet zu gelten habe, und zwar in der Erwägung, daß diese Annahme für die im Absatz 1 gegebene Begriffsbestimmung der Erwerbsfähigkeit überflüssig ist, hinsichtlich der Einreihung in Vorbildungsstufen zum Zwecke der Bemessung der Mindestvollrente aber zu Mißverständnissen führen könnte.

Die §§ 11—14 über die Bemessung der Invalidenrente wurden in ihrer Anordnung umgestellt in der Erwägung, daß das Verständnis dieser Bestimmungen dadurch gefördert wird, wenn die Bestimmungen über das Mindestmaß der Invalidenrente vorangestellt werden und erst in zweiter Linie die Bemessung dieser Rente nach der Höhe des Erwerbseinkommens geregelt wird, welche Bemessung ja lediglich als Korrektiv gegenüber dem Mindestrentenschema in Frage kommt.

Das Mindestrentenschema wurde dadurch einschneidend verändert, daß die in der Regierungsvorlage vorgesehene zweite und dritte Vorbildungsstufe zusammengefaßt wurden. Hierfür war die Erwägung maßgebend, daß die Absolvierung der Unterklassen einer Mittelschule oder eine gleichwertige Ausbildung keineswegs geeignet ist, einen höheren Erwerb zu bieten, als die dritte Stufe der Regierungsvorlage, das ist eine handwerksmäßige oder gleichwertige praktische Ausbildung. Die Besserstellung von Angehörigen dieser zweiten Vorbildungsstufe der Regierungsvorlage gegenüber den Angehörigen der dritten erschien somit als eine nicht gerechtfertigte Bevorzugung der erstgenannten Gruppe. Durch die Zusammenfassung dieser beiden Stufen bei unveränderter Höhe der Rentensätze in der ersten und letzten Vorbildungsstufe ergeben sich zum Vorteil des Handwerkes und gleichwertiger praktischer Berufe in der neugebildeten zweiten Vorbildungsstufe höhere Rentensätze. Die hiermit verbundene finanzielle Mehrbelastung rührt daher, daß in die frühere dritte Vorbildungsstufe ein höherer Prozentsatz von Anspruchsberechtigten fällt als in die zweite. Diese Mehrbelastung ist jedoch voraussichtlich eine unwesentliche; sie wird auch dadurch noch vermindert, daß die erste Vorbildungsstufe auf diejenigen Invaliden eingeschränkt wird, die eine Hochschulbildung zumindest schon begonnen haben.

Die Einschränkung der ersten Vorbildungsstufe auf Hochschüler oder solche Personen, die durch Beginn der Hochschulfstudien bereits die Berufswahl ausgeübt haben, schien mit dem Grundgedanken des Mindestrentenschemas besser im Einklang zu stehen, da es sich nur bei diesen Personen um Anwärter für besser dotierte Stellungen handelt.

Für die Einreihung in die zweite Vorbildungsstufe soll eine mindestens zweijährige über die Volksschule hinausreichende schulmäßige oder praktische Ausbildung, beispielsweise im Handwerk, die Voraussetzung bilden. Diese zweijährige Grenze wurde in der Erwägung gezogen, daß in dieser Mindestdauer bis zum Zeitpunkt der militärischen Einrückung eine über die Volksschule hinausreichende Bildung zweifelsohne schon fortgesetzt sein mußte, wenn der betreffende Invalide überhaupt mit einem Berufe gerechnet hat, der eine über die Volksschule hinausreichende Ausbildung zur Voraussetzung hat.

An der Ortsklasseneinteilung wurde nur die Ergänzung vorgenommen, daß für Gemeinden in der unmittelbaren Nähe größerer Städte, in denen infolgedessen größere Teuerung herrscht, ebenso wie für Kurorte, die Möglichkeit eröffnet wurde, sie in eine höhere Ortsklasse einzureihen.

Infolge der Voranstellung des Mindestrentenschemas entfällt von den Einkommensstufen die erste, die ein Jahreseinkommen bis 1200 K umfaßt, da der diesem Einkommen entsprechende Rentensatz von jährlich 1200 K überhaupt nur unter Anwendung des Mindestrentenschemas in Erscheinung tritt. Die in der vorliegenden Fassung enthaltenen Einkommensstufen 1 bis 16 entsprechen den in der Regierungsvorlage vorgesehenen Einkommensklassen 2 bis 17.

Dem § 13 der Regierungsvorlage entspricht nunmehr der § 14. Er wurde insofern geändert, als der für die Einreihung in eine Einkommensstufe maßgebende Zeitraum der Erwerbstätigkeit nicht auf die Zeit zwischen 1. Jänner 1913 und 31. Dezember 1915 beschränkt wurde, sondern die Einschränkung nur dahin ausgesprochen wird, daß dieser Zeitraum vor dem 31. Dezember 1915 gelegen sein muß. Die der Bestimmung der Regierungsvorlage zugrunde liegende Absicht, um verhältnismäßig hohe Einkommensgrößen, die mit der Kriegskonjunktur zusammenhängen, auszuschließen, wird auch bei dieser Fassung erreicht; die neue Fassung eröffnet aber die Möglichkeit, der Rentenbemessung auch ein Erwerbseinkommen aus der Zeit vor dem Jahre 1913 zugrunde zu legen, was der Ausschluß mit Rück-

156 der Beilagen. — Konstituierende Nationalversammlung.

3

sicht darauf für notwendig erachtete, daß ein nicht unbedeutender Bruchteil der Beschädigten schon bei Kriegsansbruch seit Jahren in militärischer Ausbildung stand und für solche Personen häufig auf ein Erwerbseinkommen vor dem Jahre 1913 zurückgegriffen werden muß. Auch wurde deutlicher zum Ausdruck gebracht, daß in jenen Fällen, in denen ein Geschädigter erst nach dem Jahre 1915 eine Erwerbstätigkeit begonnen hat, die Möglichkeit offengelassen werden soll, das mit der Art seines Erwerbes durchschnittlich in der Zeit vor dem Jahre 1916 verknüpfte Einkommen, welches schätzungsweise zu ermitteln wäre, der Rentenbemessung zugrunde zu legen.

Im Ausschusse wurde der Antrag gestellt, die im § 20 der Regierungsvorlage vorgesehene Gleichstellung der Lebensgefährtin des Geschädigten mit einer Witwe fallen zu lassen. Der Ausschuß hat in seiner Mehrheit den in der Regierungsvorlage zum Ausdruck kommenden Gedanken als billig und gerecht anerkannt und hat diesen Abänderungsantrag abgelehnt.

Zu den Bestimmungen über die Witwenrente (§§ 20 und 21) wurde die zweijährige Frist für die Dauer einer Ehe oder Lebensgemeinschaft, an welche Frist der Rentenanspruch für den Fall geknüpft ist, wenn die Ehe oder Lebensgemeinschaft erst nach der Beschädigung geschlossen wurde, auf ein Jahr herabgesetzt, in der Erwägung, daß eine einjährige Frist vollkommen ausreicht, um die mit dieser Bestimmung verbundene Absicht zu erreichen, den Rentenanspruch in jenen Fällen auszuschließen, wo eine Eheschließung oder die Eingehung einer Lebensgemeinschaft sozusagen auf dem Sterbebette, lediglich in spekulativer Absicht, stattgefunden hat.

Die Bestimmungen über Hinterbliebenenrenten glaubte der Ausschuß dahin ergänzen zu sollen, daß in dem Falle, wenn die Eltern des Geschädigten nicht mehr am Leben sind, seine Großeltern neben seinen Geschwistern unter den gleichen Bedingungen einen Anspruch auf Rente besitzen sollen wie die Eltern. Für diese Erweiterung der gesetzlichen Leistungen war der Gedanke maßgebend, daß für Personen, bei denen die Großeltern die Stelle der verstorbenen Eltern vertreten haben, diesen Großeltern gegenüber die gleichen moralischen Verpflichtungen bestehen wie gegen die eigenen Eltern, weshalb es nur billig ist, daß im Falle des Todes eines solchen Enkels die von ihm unterstützten bedürftigen Großeltern ebenfalls rentenberechtigt seien. Es ist übrigens einleuchtend, daß die mit dieser Verbesserung der Regierungsvorlage verbundene Mehrbelastung des Staates so geringfügig ist, daß sie auch nicht im entferntesten ein Hindernis zu bieten vermag.

Im § 34 wurde die Regierungsvorlage dahin geändert, daß die Invalidenrente, wenn sie wegen Verbüßung einer Freiheitsstrafe ruht, den bedürftigen Angehörigen des Invaliden zur Gänze auszu zahlen ist.

Im § 57 wurde der Betrag, der im Falle der Anfechtung eines Anspruches über die Leistungspflicht des Staates durch die staatliche Finanzverwaltung den dringend Bedürftigen als Unterstützung zu gewähren ist, mit einem Mindestmaße, und zwar mit der Hälfte der in der angefochtenen Entscheidung zuerkannten Leistung bemessen.

Hinsichtlich des Beginnes der Wirksamkeit des Gesetzes ist der Ausschuß auf dem Standpunkt gestanden, daß dieses Gesetz ehestens in Wirksamkeit zu treten hat. Da von der Regierung darauf hingewiesen wurde, daß zur Durchführung des Gesetzes noch eine Reihe von Vollzugsanweisungen erforderlich seien, außerdem die Zusammensetzung der mit der Durchführung des Gesetzes betrauten Kommissionen und andere vorbereitende Maßnahmen einen gewissen Zeitaufwand erheische, wurde die Festlegung des Beginnes der Wirksamkeit der Regierung im Wege der Vollzugsanweisung anheimgegeben, jedoch der 1. Juli 1919 als jener Zeitpunkt festgelegt, in dem das Gesetz unter allen Umständen spätestens in Wirksamkeit tritt.

Der Titel des Gesetzes, welcher nach der Regierungsvorlage lautet: „Über Versorgungsansprüche aus Anlaß militärischer Dienstleistungen (Invaliden- und Hinterbliebenenversorgungsgesetz)“ schien dem Ausschusse in zweifacher Richtung zu enge, indem einerseits im Gesetz nicht lediglich die Versorgung, sondern auch Fürsorgemaßnahmen für Invalide vorgesehen sind, andererseits die gesetzlichen Leistungen auch nicht ausschließlich aus Anlaß militärischer Dienstleistungen gebühren. Der Ausschuß hat sich auf folgenden Titel geeinigt: „Über die staatliche Entschädigung der Kriegsinvaliden, -witwen und -waisen (Invalidenentschädigungsgesetz)“. Der Ausschuß war sich hierbei bewußt, daß auch dieser Titel nicht alle Fälle trifft, insofern das Gesetz auch Ansprüche anerkennt, die nicht im Kriege, sondern aus militärischen Ursachen in Friedenszeiten erworben werden; doch schien diese Ungenauigkeit mit Rücksicht auf den Hauptzweck des vorliegenden Gesetzes weit weniger von Bedeutung.

Dem Untertitel des Gesetzes (Invalidenentschädigungsgesetz) entsprechend wurden die an der Durchführung des Gesetzes beteiligten Stellen, die in der Regierungsvorlage als „Militärversorgungskommissionen“ und „Militärversorgungsgericht“ bezeichnet wurden, nimmehr „Invalidenentschädigungskommissionen“ und „Invalidenentschädigungsgericht“ genannt.

Abgesehen von den hier erwähnten Änderungen wurden nur noch gänzlich unwesentliche, vorwiegend stilistische Verbesserungen im Texte der Regierungsvorlage vorgenommen.

Mit der Beratung des vorliegenden Gesetzes hat der Ausschuß auch den Antrag der Abgeordneten Dr. Ramek, Lakner, Hueber und Genossen, betreffend die Dezentralisierung der Pensionsliquidatur in Wien und Schaffung von Kriegsinvalidenkammern in den einzelnen Ländern der deutschösterreichischen Republik, in Verhandlung genommen und unter einem erledigt. Obwohl der Antrag seinem Wesen nach in den einzelnen Bestimmungen der Vorlage eine zustimmende Erledigung gefunden hat, wurde der Gedanke, daß die Vertreter der Staatsregierung oder Landesversammlungen nur beratende Stimme haben sollen, abgelehnt.

Der Ausschuß stellt den Antrag:

1/2 „Die Nationalversammlung wolle den angeschlossenen Gesetzentwurf mit den vom Ausschusse beantragten Änderungen zum Beschlusse erheben und die beigedruckte Resolution annehmen.“

Wien, 11. April 1919.

Spalowsky,
Obmannstellvertreter.

Widholz,
Berichterstatter.

Regierungsvorlage:

Antrag des Ausschusses:

Gesetz

vom

über

Versorgungsansprüche aus Anlaß militärischer Dienstleistungen (Invaliden- und Hinterbliebenenversorgungsgesetz).

Die Nationalversammlung hat beschlossen:

I. Anspruchsberechtigte Personen.**§ 1.**

(1) Wer für den deutschösterreichischen Staat, die vormalige österreichisch-ungarische Monarchie oder deren Verbündete militärische Dienste nicht berufsmäßig geleistet hat oder ohne solche Dienstleistungen in militärische Handlungen verwickelt worden ist und hierdurch in seiner Gesundheit geschädigt wurde, hat Anspruch auf Vergütung aus Staatsmitteln, wenn er zur Zeit des schädigenden Ereignisses deutschösterreichischer Staatsbürger oder in einer Gemeinde des deutschösterreichischen Staates heimatberechtigt war.

(2) Wenn das schädigende Ereignis den Tod einer im Absatz 1 bezeichneten Person verursachte, haben deren Hinterbliebene gleichfalls Anspruch auf Vergütung aus Staatsmitteln.

(3) Die in Absatz 1 und 2 erwähnten Ansprüche stehen nur deutschösterreichischen Staatsbürgern zu. Wegen schädigender Ereignisse, die vor Beginn der Wirksamkeit dieses Gesetzes eingetreten sind, bestehen die in Absatz 1 und 2 erwähnten Vergütungsansprüche unabhängig von der Staatsbürgerschaft und der Heimatsberechtigung des Geschädigten zur Zeit des schädigenden Ereignisses auch dann zu Recht, wenn der Anspruchswerber spätestens seit 1. März 1919 deutschösterreichischer Staatsbürger ist.

Gesetz

vom

über

die staatliche Entschädigung der Kriegs-Invaliden, -Witwen und -Waisen (Invalidenentschädigungsgesetz).

Die Nationalversammlung hat beschlossen:

I. Anspruchsberechtigte Personen.**§ 1.**

(1) Wer für den deutschösterreichischen Staat, die vormalige österreichisch-ungarische Monarchie oder deren Verbündete militärische Dienste nicht berufsmäßig geleistet hat oder ohne solche Dienstleistungen in militärische Handlungen verwickelt worden ist und hierdurch in seiner Gesundheit geschädigt wurde, hat Anspruch auf Vergütung aus Staatsmitteln, wenn er zur Zeit des schädigenden Ereignisses deutschösterreichischer Staatsbürger oder in einer Gemeinde des deutschösterreichischen Staates heimatberechtigt war.

(2) Wenn das schädigende Ereignis den Tod einer im Absatz 1 bezeichneten Person verursachte, haben deren Hinterbliebene gleichfalls Anspruch auf Vergütung aus Staatsmitteln.

(3) Die im Absatz 1 und 2 erwähnten Vergütungsansprüche stehen nur deutschösterreichischen Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen zu.

Regierungsvorlage:

Antrag des Ausschusses:

§ 2.

(1) Den im § 1, Absatz 1, bezeichneten militärischen Diensten sind gleichgestellt:

1. Persönliche Dienstleistungen für Kriegszwecke nach § 4 des österreichischen Kriegsleistungsgesetzes,

2. freiwillige Arbeits- oder Dienstleistungen für militärische, einschließlich Sanitätszwecke im Dienste der Heeresverwaltung oder einer nach § 1, Absatz 1, in Betracht kommenden Institution der freiwilligen Sanitätspflege.

(2) Den Hinterbliebenen sind die Angehörigen (§ 18) der Vermissten gleichgestellt.

II. Gegenstand der Vergütung.

§ 3.

(1) Im Falle der Gesundheitsschädigung (§ 1, Absatz 1) sind auf Staatskosten zu gewähren:

1. Heilbehandlung,
2. Körperersatzstücke und orthopädische Behelfe,
3. berufliche Ausbildung,
4. Invalidenrente,
5. Krankengeld.

(2) Im Falle des Todes (§ 1, Absatz 2) sind auf Staatskosten zu gewähren:

1. Hinterbliebenenrenten,
2. Sterbegeld.

III. Heilbehandlung.

§ 4.

(1) Der Geschädigte hat Anspruch auf unentgeltliche Heilbehandlung bei jeder Störung seiner Gesundheit, die auf eine im § 1 bezeichnete Ursache zurückzuführen ist.

§ 2.

(4) Wegen schädigender Ereignisse, von denen vor Beginn der Wirksamkeit dieses Gesetzes Personen betroffen wurden, die damals nicht in einer Gemeinde des deutschösterreichischen Staates heimatberechtigt waren, stehen die im Absatz 1 und 2 erwähnten Vergütungsansprüche nur dann zu, wenn der Anspruchswerber die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft spätestens am 31. März 1919 erworben hat, oder im Falle späterer Erwerbung dieser Staatsbürgerschaft seinen Anspruch auf die Schädigung eines Kriegsteilnehmers stützt, der am 1. März 1919 noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war und unmittelbar vor Kriegsansbruch durch mindestens fünf Jahre seinen ständigen Wohnsitz im Gebiete des deutschösterreichischen Staates hatte.

(1) Den im § 1, Absatz 1, bezeichneten militärischen Diensten sind gleichgestellt:

1. persönliche Dienstleistungen für Kriegszwecke nach § 4 des österreichischen Kriegsleistungsgesetzes,

2. freiwillige Arbeits- oder Dienstleistungen für militärische, einschließlich Sanitätszwecke im Dienste der Heeresverwaltung oder einer nach § 1, Absatz 1, in Betracht kommenden Institution der freiwilligen Sanitätspflege.

(2) Den Hinterbliebenen sind die Angehörigen (§ 18) der Vermissten gleichgestellt.

II. Gegenstand der Vergütung.

§ 3.

(1) Im Falle der Gesundheitsschädigung (§ 1, Absatz 1) sind auf Staatskosten zu gewähren:

1. Heilbehandlung,
2. Körperersatzstücke und orthopädische Behelfe,
3. berufliche Ausbildung,
4. Invalidenrente,
5. Krankengeld.

(2) Im Falle des Todes (§ 1, Absatz 2) sind auf Staatskosten zu gewähren:

1. Hinterbliebenenrenten,
2. Sterbegeld.

III. Heilbehandlung.

§ 4.

(1) Der Geschädigte hat Anspruch auf unentgeltliche Heilbehandlung bei jeder Störung seiner Gesundheit, die auf eine im § 1 bezeichnete Ursache zurückzuführen ist.

156 der Beilagen. — Konstituierende Nationalversammlung.

7

Regierungsvorlage:

(2) Die Heilbehandlung umfaßt die von zuständigen Organen des öffentlichen Gesundheitsdienstes als notwendig erkannte ärztliche Hilfe, Heilmittel und therapeutischen Behelfe; ihr Ziel ist die möglichste Wiederherstellung der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit des Geschädigten.

§ 5.

Der Geschädigte ist auf begründetes eigenes Verlangen sowie wenn es die Art seiner Gesundheitsschädigung im Zusammenhalte mit seinen persönlichen Verhältnissen in seinem Interesse oder in dem seiner Umgebung erfordert, von den zuständigen Organen des öffentlichen Gesundheitsdienstes auf Staatskosten in einer Kranken- oder Heilanstalt unterzubringen. In diesem Falle sind auch die unvermeidlichen Kosten der Beförderung in die Anstalt und der Rückbeförderung aus der Anstalt einschließlich der Kosten der Verpflegung während der Reise vom Staate zu tragen.

IV. Körperersatzstücke und orthopädische Behelfe.

§ 6.

(1) Zur Minderung von Schäden, die auf eine im § 1 bezeichnete Ursache zurückzuführen sind, hat der Geschädigte Anspruch auf unentgeltliche Beihilfe mit Körperersatzstücken und orthopädischen Behelfen in erforderlicher Zahl.

(2) Die Körperersatzstücke und orthopädischen Behelfe müssen den persönlichen und beruflichen Verhältnissen des Geschädigten angepaßt sein. Beschafft sich der Geschädigte solche Behelfe selbst, so gebührt ihm der Ersatz der Kosten bis zu dem Betrage, der andernfalls aus Staatsmitteln aufzuwenden gewesen wäre.

§ 7.

(1) Der Geschädigte hat auch Anspruch auf Wiederherstellung und Erneuerung von Körperersatzstücken und orthopädischen Behelfen, wenn die Beschädigung oder der Verlust nicht auf Vorsatz oder auf Fahrlässigkeit des Geschädigten zurückzuführen sind.

(2) Für Körperersatzstücke und orthopädische Behelfe kann eine nach fachmännischem Gutachten bemessene Gebrauchsdauer festgesetzt werden. Vor Ablauf dieser Frist hat der Geschädigte nur dann

Antrag des Ausschusses:

(2) Die Heilbehandlung umfaßt die von zuständigen Organen des öffentlichen Gesundheitsdienstes **einschließlich der Gemeindeärzte** als notwendig erkannte ärztliche Hilfe, Heilmittel und therapeutischen Behelfe; ihr Ziel ist die möglichste Wiederherstellung der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit des Geschädigten.

§ 5.

Der Geschädigte ist auf begründetes eigenes Verlangen sowie wenn es die Art seiner Gesundheitsschädigung im Zusammenhalte mit seinen persönlichen Verhältnissen in seinem Interesse oder in dem seiner Umgebung erfordert, von den zuständigen Organen des öffentlichen Gesundheitsdienstes auf Staatskosten in einer Kranken- oder Heilanstalt unterzubringen. In diesem Falle sind auch die unvermeidlichen Kosten der Beförderung in die Anstalt und der Rückbeförderung aus der Anstalt einschließlich der Kosten der Verpflegung während der Reise vom Staate zu tragen.

IV. Körperersatzstücke und orthopädische Behelfe.

§ 6.

(1) Zur Minderung von Schäden, die auf eine im § 1 bezeichnete Ursache zurückzuführen sind, hat der Geschädigte Anspruch auf unentgeltliche Beihilfe mit Körperersatzstücken und orthopädischen Behelfen in erforderlicher Zahl.

(2) Die Körperersatzstücke und orthopädischen Behelfe müssen den persönlichen und beruflichen Verhältnissen des Geschädigten angepaßt sein. Beschafft sich der Geschädigte solche Behelfe selbst, so gebührt ihm der Ersatz der Kosten bis zu dem Betrage, der andernfalls aus Staatsmitteln aufzuwenden gewesen wäre.

§ 7.

(1) Der Geschädigte hat auch Anspruch auf Wiederherstellung und Erneuerung von Körperersatzstücken und orthopädischen Behelfen, wenn die Beschädigung oder der Verlust nicht auf Vorsatz oder auf Fahrlässigkeit des Geschädigten zurückzuführen sind.

(2) Für Körperersatzstücke und orthopädische Behelfe kann eine nach fachmännischem Gutachten bemessene Gebrauchsdauer festgesetzt werden. Vor Ablauf dieser Frist hat der Geschädigte nur dann

Regierungsvorlage:

Anspruch auf Ersatz, wenn ihn an der Unbrauchbarkeit des Behelfes erwiesenermaßen keinerlei Verschulden trifft.

(3) Wenn der Bezug, die Wiederherstellung oder die Erneuerung solcher Behelfe eine Reise des Geschädigten notwendig machen, sind deren unvermeidliche Kosten einschließlich der Kosten der Verpflegung während der Reise vom Staate zu ersetzen.

V. Berufliche Ausbildung.

§ 8.

(1) Der Geschädigte hat Anspruch auf unentgeltliche berufliche Ausbildung zur Erhöhung seiner Erwerbsfähigkeit, wenn deren Minderung auf eine im § 1 bezeichnete Ursache zurückzuführen ist.

(2) Über die Wahl eines zur Erhöhung der Erwerbsfähigkeit geeigneten Berufes und über die hierzu erforderliche Ausbildung ist der Geschädigte in geeigneten Zeitpunkte zu beraten.

(3) Die berufliche Ausbildung ist unter der Voraussetzung der Eignung und eifrigen Mitwirkung des Geschädigten innerhalb der Höchstdauer eines Jahres bis zur Erreichung ihres Zieles fortzusetzen. In rücksichtswürdigen Fällen kann sie bis zur Höchstdauer von drei Jahren ausgedehnt werden.

VI. Invalidenrente.

§ 9.

(1) Der Geschädigte hat Anspruch auf Invalidenrente, wenn und insoweit seine Erwerbsfähigkeit aus einer im § 1 bezeichneten Ursache um mehr als 15 vom Hundert vermindert ist.

(2) Bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 75 vom Hundert gebührt die Vollrente. Bei einer solchen Minderung um mehr als 15 bis zu 75 vom Hundert gebühren Teilrenten in sechs Abstufungen.

(3) Die Teilrente beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit

1.	über 15 bis 25 vom Hundert:	2 Zehntel
2.	" 25 " 35 " "	3 "
3.	" 35 " 45 " "	4 "
4.	" 45 " 55 " "	5 "
5.	" 55 " 65 " "	6 "
6.	" 65 " 75 " "	3 Viertel

der Vollrente.

Antrag des Ausschusses:

Anspruch auf Ersatz, wenn ihn an der Unbrauchbarkeit des Behelfes erwiesenermaßen **kein** Verschulden trifft.

(3) Wenn der Bezug, die Wiederherstellung oder die Erneuerung solcher Behelfe eine Reise des Geschädigten notwendig machen, sind deren unvermeidliche Kosten einschließlich der Kosten der Verpflegung während der Reise vom Staate zu **tragen**.

V. Berufliche Ausbildung.

§ 8.

(1) Der Geschädigte hat Anspruch auf unentgeltliche berufliche Ausbildung **zur Wiedergewinnung** oder Erhöhung seiner Erwerbsfähigkeit, wenn deren Minderung auf eine im § 1 bezeichnete Ursache zurückzuführen ist.

(2) Über die Wahl eines zur Erhöhung der Erwerbsfähigkeit geeigneten Berufes und über die hierzu erforderliche Ausbildung ist der Geschädigte in geeigneten Zeitpunkte zu **beraten**.

(3) Die berufliche Ausbildung ist unter der Voraussetzung der Eignung und eifrigen Mitwirkung des Geschädigten innerhalb der Höchstdauer eines Jahres bis zur Erreichung ihres Zieles fortzusetzen. In rücksichtswürdigen Fällen kann sie bis zur Höchstdauer von drei Jahren ausgedehnt werden.

VI. Invalidenrente.

§ 9.

(1) Der Geschädigte hat Anspruch auf Invalidenrente, wenn und insoweit seine Erwerbsfähigkeit aus einer im § 1 bezeichneten Ursache um mehr als 15 vom Hundert vermindert ist.

(2) Bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 75 vom Hundert gebührt die Vollrente. Bei einer solchen Minderung um mehr als 15 bis zu 75 vom Hundert gebühren Teilrenten in sechs Abstufungen.

(3) Die Teilrente beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit

1.	über 15 bis 25 vom Hundert:	2 Zehntel
2.	" 25 " 35 " "	3 "
3.	" 35 " 45 " "	4 "
4.	" 45 " 55 " "	5 "
5.	" 55 " 65 " "	6 "
6.	" 65 " 75 " "	3 Viertel

der Vollrente.

156 der Beilagen. — Konstituierende Nationalversammlung.

9

Regierungsvorlage:

§ 10.

(1) Unter Erwerbsfähigkeit wird die Tauglichkeit zu einer Erwerbstätigkeit verstanden, die dem Geschädigten nach seinem früheren bürgerlichen Berufe oder nach seiner beruflichen Vorbildung billigerweise zugemutet werden kann.

(2) Ein durch die militärische Dienstleistung oder durch das schädigende Ereignis unterbrochener Bildungsgang wird bei Beurteilung des Grades der Erwerbsfähigkeit als vollendet angesehen.

§ 11.

(1) Die Invalidenrente wird nach 17 Einkommensklassen, entsprechend der Höhe des vom Geschädigten vor dem schädigenden Ereignis aus einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit bezogenen Jahreseinkommens, abgestuft.

(2) Die Vollrente des Geschädigten beträgt:

in der Einkommensklasse	umfassend ein Jahreseinkommen von Kronen	Rentenbetrag in Kronen	
		jährlich	monatlich
1	bis 1.200	1.200	100
2	über 1.200 „ 1.440	1.320	110
3	„ 1.440 „ 1.680	1.440	120
4	„ 1.680 „ 1.920	1.560	130
5	„ 1.920 „ 2.160	1.680	140
6	„ 2.160 „ 2.400	1.800	150
7	„ 2.400 „ 2.640	1.920	160
8	„ 2.640 „ 3.120	2.160	180
9	„ 3.120 „ 3.600	2.400	200
10	„ 3.600 „ 4.080	2.640	220
11	„ 4.080 „ 4.560	2.880	240
12	„ 4.560 „ 5.040	3.120	260
13	„ 5.040 „ 5.520	3.360	280
14	„ 5.520 „ 6.000	3.600	300
15	„ 6.000 „ 6.480	3.840	320
16	„ 6.480 „ 6.960	4.080	340
17	„ 6.960	4.320	360

Antrag des Ausschusses:

§ 10.

Unter Erwerbsfähigkeit wird die Tauglichkeit zu einer Erwerbstätigkeit verstanden, die dem Geschädigten nach seinem früheren bürgerlichen Berufe oder nach seiner beruflichen Vorbildung billigerweise zugemutet werden kann.

§ 11.

Die Invalidenrente wird, wenn nicht nach § 13 ein Anspruch auf höhere Rente zusteht, nach der Vorbildung des Geschädigten und nach der Ortsklasse jener Gemeinden bemessen, in der er zuletzt vor dem schädigenden Ereignis seinen bürgerlichen Wohnsitz hatte. Das Mindestmaß der Vollrente beträgt hiernach:

in der Vorbildungsstufe	Rentenbetrag in Kronen	in der Ortsklasse				
		1	2	3	4	5
I	jährlich	3.360	3.120	2.880	2.640	2.400
	monatlich	280	260	240	220	200
II	jährlich	2.400	2.160	1.920	1.800	1.680
	monatlich	200	180	160	150	140
III	jährlich	1.680	1.560	1.440	1.320	1.200
	monatlich	140	130	120	110	100

Regierungsvorlage:

§ 12.

(1) Als Grundlage für die Einteilung in Einkommensklassen dient jenes Jahreseinkommen, das der Geschädigte zuletzt aus einer regelmäßigen bürgerlichen Erwerbstätigkeit an Geld- oder Sachbezügen tatsächlich erzielt hat.

(2) Wenn das Jahreseinkommen des Geschädigten aus einer bürgerlichen Erwerbstätigkeit nicht zuverlässig festgestellt werden kann, ist es auf Antrag des Anspruchsberechtigten durch Schätzung zu ermitteln. Hierbei ist das Jahreseinkommen von Personen in ähnlicher Erwerbstätigkeit zur selben Zeit und am selben Orte in erster Linie zu berücksichtigen.

§ 13.

Für alle in den Jahren 1916 bis einschließlich 1920 eingetretenen Schadensfälle ist der Rentenbemessung jenes Erwerbseinkommen zugrunde zu legen, das in einem vom Anspruchsberechtigten zu wählenden zwischen 1. Jänner 1913 und 31. Dezember 1915 gelegenen zusammenhängenden ganzjährigen Zeitraume tatsächlich oder schätzungsweise erzielt wurde.

Antrag des Ausschusses:

§ 12.

(1) Die Vorbildungsstufen sind:

1. begonnene Hochschulbildung,
2. mindestens zweijährige über die Volksschule hinausreichende, sei es schulmäßige, sei es handwerksmäßige oder gleichwertige praktische Ausbildung,

3. geringere Vorbildung.

(2) Die Ortsklassen werden abgestuft, je nachdem eine Gemeinde an Einwohnern zählt:

1. über 250.000,
2. über 50.000 bis 250.000,
3. über 15.000 bis 50.000,
4. über 5.000 bis 15.000,
5. bis zu 5000.

(3) Kurorte, ferner Gemeinden, die wegen ihrer Lage in unmittelbarer Nähe größerer Städte eine bedeutende Fenerung der Lebensbedingungen aufweisen, können durch Vollzugsanweisung in eine höhere Ortsklasse eingereiht werden, als ihrer Einwohnerzahl entspricht.

(4) An Stelle des eigenen Wohnsitzes ist bei Personen, deren Ausbildung zur Zeit des schädigenden Ereignisses noch nicht vollendet war, der Wohnsitz ihrer Eltern oder der zu ihrer Versorgung Verpflichteten der Einreihung in eine Ortsklasse zugrunde zu legen, wenn dies für den Anspruchswerber günstiger ist.

§ 13.

An die Stelle der im § 11 vorgesehenen Bemessung der Invalidenrente tritt, wenn dies für den Geschädigten günstiger ist, die Bemessung nach dem Jahreseinkommen, das der Geschädigte zuletzt vor dem schädigenden Ereignis aus einer regelmäßigen bürgerlichen Erwerbstätigkeit an Geld- und Sachbezügen erzielt hat. Wenn dieses Einkommen nicht zuverlässig festgestellt werden kann, ist es auf Antrag des Anspruchswerbers durch Schätzung zu ermitteln, wobei das Einkommen von Personen in ähnlicher Erwerbstätigkeit zur selben Zeit und am selben Orte in

Regierungsvorlage: ! Antrag des Ausschusses:

erster Linie zu berücksichtigen ist. Die Vollrente beträgt hiernach:

in der Einkommensstufe	umfassend ein Jahreseinkommen von Kronen	Rentenbetrag in Kronen	
		jährlich	monatlich
1	über 1.200 bis 1.440	1.320	110
2	" 1.440 " 1.680	1.440	120
3	" 1.680 " 1.920	1.560	130
4	" 1.920 " 2.160	1.680	140
5	" 2.160 " 2.400	1.800	150
6	" 2.400 " 2.640	1.920	160
7	" 2.640 " 3.120	2.160	180
8	" 3.120 " 3.600	2.400	200
9	" 3.600 " 4.080	2.640	220
10	" 4.080 " 4.560	2.880	240
11	" 4.560 " 5.040	3.120	260
12	" 5.040 " 5.520	3.360	280
13	" 5.520 " 6.000	3.600	300
14	" 6.000 " 6.480	3.840	320
15	" 6.480 " 6.960	4.080	340
16	" 6.960	4.320	360

§ 14.

(1) Wenn der Geschädigte vor dem schädigenden Ereignisse ein Einkommen aus einer bürgerlichen Erwerbstätigkeit noch nicht bezogen hat, ebenso wenn der Anspruchswerber auf die Feststellung dieses Einkommens verzichtet oder wenn diese Feststellung für ihn ungünstiger ist, gebühren Mindestrenten, die nach der Vorbildung des Geschädigten und nach der Ortsklasse seines letzten bürgerlichen Wohnsitzes abgestuft sind.

(2) An Stelle des eigenen Wohnsitzes ist bei Personen, deren Ausbildung zur Zeit des schädigenden Ereignisses noch nicht vollendet war, der Wohnsitz ihrer Eltern oder der zu ihrer Versorgung Verpflichteten der Einreihung in eine Ortsklasse zugrunde zu legen, wenn dies für den Anspruchswerber günstiger ist.

§ 14.

Für alle in den Jahren 1916 bis 1920 eingetretenen Schadensfälle ist der Einteilung in Einkommensstufen jenes Erwerbseinkommen zugrunde zu legen, das der Geschädigte in einem vom Anspruchswerber zu wählenden, vor dem 31. Dezember 1915 gelegenen, zusammenhängenden einjährigen Zeitraume erzielt hat oder schätzungsweise erzielt haben würde, wenn er seine Erwerbstätigkeit schon vor diesem Zeitpunkte ausgeübt hätte.

Regierungsvorlage:

Antrag des Ausschusses:

(3) Die Vorbildungsstufen sind:

1. absolvierte Mittelschule oder gleichwertige fachliche Ausbildung;
2. absolvierte vierte Klasse einer Mittelschule oder gleichwertige fachliche Ausbildung;
3. handwerksmäßige oder gleichwertige praktische Ausbildung;
4. geringere Vorbildung.

(4) Die Ortsklassen werden abgestuft, je nachdem eine Gemeinde an Einwohnern zählt:

1. über 250.000,
2. über 50.000 bis 250.000,
3. über 15.000 bis 50.000,
4. über 5000 bis 15.000,
5. bis zu 5000.

(5) Kurorte werden um eine Ortsklasse höher eingereiht, als ihrer Einwohnerzahl entspricht.

(6) Das Mindestmaß der Vollrente des Geschädigten beträgt:

in der Vorbildungsstufe	Betrag in Kronen	in der Ortsklasse				
		1	2	3	4	5
I	jährlich	3.360	3.120	2.880	2.640	2.400
	monatlich	280	260	240	220	200
II	jährlich	2.640	2.400	2.160	1.920	1.800
	monatlich	220	200	180	160	150
III	jährlich	1.920	1.800	1.680	1.560	1.440
	monatlich	160	150	140	130	120
IV	jährlich	1.680	1.560	1.440	1.320	1.200
	monatlich	140	130	120	110	100

156 der Beilagen. — Konstituierende Nationalversammlung.

13

Regierungsvorlage:

§ 15.

(1) Dem Geschädigten gebührt für jedes in seiner Versorgung stehende Kind bis zum vollendeten 18. Lebensjahre ein Rentenzuschuß von einem Zehntel seiner Rente.

(2) Ist der Geschädigte aus einer im § 1 bezeichneten Ursache derart hilflos, daß er ständig der Hilfe einer anderen Person bedarf, so gebührt ihm ein Rentenzuschuß, der, je nachdem der Wohnort des Rentners einer der im § 14, Absatz 4, genannten Ortsklassen angehört, mit 1600, 1400, 1200, 1000 oder 800 K zu bemessen ist.

§ 16.

Eine Invalidenrente gebührt nicht, wenn der Geschädigte das schädigende Ereignis vorsätzlich oder bei Begehung eines strafgerichtlich festgestellten Verbrechens herbeigeführt hat.

VII. Krankengeld.

§ 17.

(1) Für die Dauer einer die Ausübung regelmäßiger Erwerbstätigkeit ausschließenden Heilbehandlung oder beruflichen Ausbildung gebührt dem Geschädigten, sofern er nicht schon eine Invalidenrente bezieht, ein tägliches Krankengeld, welches mit dem dreißigsten Teile des Monatsbetrages der Mindestvollrente nach § 14, Absatz 6, einschließlich eines Rentenzuschusses nach § 15, Absatz 1, zu bemessen ist. Auf dieses Ausmaß ist eine allenfalls zustehende niedrigere Teilrente zu ergänzen.

(2) Solange der Geschädigte in einer mit voller Verpflegung verbundenen Heilbehandlung steht, ist das Krankengeld oder die an Stelle des Krankengeldes tretende Rente bis auf den Betrag von 1 K täglich einzustellen, falls er jedoch Angehörige hat, deren Unterhalt bisher wesentlich von ihm bestritten wurde, auf die Hälfte, vermehrt um den Betrag von 1 K täglich, zu kürzen.

VIII. Hinterbliebenenrenten.

§ 18.

Anspruch auf Hinterbliebenenrenten haben:

1. die Witwe,
2. die Kinder,
3. der Vater,
4. die Mutter,
5. die elternlosen Geschwister.

Antrag des Ausschusses:

§ 15.

(1) Dem Geschädigten gebührt für jedes in seiner Versorgung stehende Kind bis zum vollendeten 18. Lebensjahre ein Rentenzuschuß von einem Zehntel seiner Rente.

(2) Ist der Geschädigte aus einer im § 1 bezeichneten Ursache derart hilflos, daß er ständig der Hilfe einer anderen Person bedarf, so gebührt ihm ein Rentenzuschuß, der, je nachdem der Wohnort des Rentners einer der im § 12 bezeichneten Ortsklassen angehört, mit 1600, 1400, 1200, 1000 oder 800 K zu bemessen ist.

§ 16.

Eine Invalidenrente gebührt nicht, wenn der Geschädigte das schädigende Ereignis vorsätzlich oder bei Begehung eines strafgerichtlich festgestellten Verbrechens herbeigeführt hat.

VII. Krankengeld.

§ 17.

(1) Für die Dauer einer die Ausübung regelmäßiger Erwerbstätigkeit ausschließenden Heilbehandlung oder beruflichen Ausbildung gebührt dem Geschädigten, sofern er nicht schon eine Invalidenrente bezieht, ein tägliches Krankengeld, welches mit dem dreißigsten Teile des Monatsbetrages der Mindestvollrente nach § 11, einschließlich eines Rentenzuschusses nach § 15, Absatz 1, zu bemessen ist. Auf dieses Ausmaß ist eine allenfalls zustehende niedrigere Teilrente zu ergänzen.

(2) Solange der Geschädigte in einer mit voller Verpflegung verbundenen Heilbehandlung steht, ist das Krankengeld oder die an Stelle des Krankengeldes tretende Rente bis auf den Betrag von 1 K täglich einzustellen, falls er jedoch Angehörige hat, deren Unterhalt bisher wesentlich von ihm bestritten wurde, auf die Hälfte, vermehrt um den Betrag von 1 K täglich, zu kürzen.

VIII. Hinterbliebenenrenten.

§ 18.

Anspruch auf Hinterbliebenenrenten haben:

1. die Witwe,
2. die Kinder,
3. der Vater,
4. die Mutter,
5. der Großvater,
6. die Großmutter,
7. die elternlosen Geschwister.

Regierungsvorlage:

§ 19.

Im Falle des Todes des Geschädigten aus einer im § 1 bezeichneten Ursache hat seine Gattin Anspruch auf Witwenrente.

§ 20.

(1) Eine Lebensgefährtin, die durch mindestens ein Jahr unmittelbar vor der militärischen Dienstleistung des Geschädigten oder vor dem schädigenden Ereignisse oder durch mindestens zwei Jahre unmittelbar vor dem Tode des Geschädigten mit diesem einen gemeinsamen Haushalt führte, ist, wenn eine anspruchsberechtigte Witwe nicht vorhanden ist, hinsichtlich der Versorgungsansprüche einer Witwe des Geschädigten gleichgestellt.

(2) Von mehreren in Betracht kommenden Lebensgefährtinnen ist nur die letzte anspruchsberechtigt. Im Falle der Erwerbung eines neuen Anspruches auf Witwenrente gebührt nur die höhere Rente.

§ 21.

(1) Eine Witwenrente gebührt nicht, wenn die Ehe getrennt war, ebenso wenn die Gatten aus alleinigem Verschulden der Gattin nicht in ehelicher Gemeinschaft lebten.

(2) Ein Anspruch auf Witwenrente besteht auch dann nicht, wenn eine erst nach dem schädigenden Ereignisse geschlossene Ehe noch nicht zwei Jahre gedauert hat. Die gemeinsame Führung des Haushaltes als Lebensgefährtin wird in die Dauer einer nachfolgenden Ehe eingerechnet.

§ 22.

(1) Die Witwenrente beträgt, wenn die Witwe dauernd erwerbsunfähig ist oder das 60. Lebensjahr überschritten hat, die Hälfte, andernfalls 30 vom Hundert der Vollrente des Geschädigten.

(2) Im Falle einer nachfolgenden Verehelichung erlischt der Anspruch auf Witwenrente. An seine Stelle tritt der Anspruch auf Abfertigung im dreifachen Betrage der Jahresrente, der im Falle der Verehelichung nach vollendetem fünfzigstem Lebensjahre sechs Monate nach dem Tage der Eheschließung, in allen anderen Fällen mit der Eheschließung erworben wird.

§ 23.

(1) Im Falle des Todes des Geschädigten aus einer im § 1 bezeichneten Ursache haben seine Kinder, solange sie das 18. Lebensjahr nicht voll-

Antrag des Ausschusses:

§ 19.

Im Falle des Todes des Geschädigten aus einer im § 1 bezeichneten Ursache hat seine Gattin Anspruch auf Witwenrente.

§ 20.

(1) Eine Lebensgefährtin, die durch mindestens ein Jahr unmittelbar vor der militärischen Dienstleistung des Geschädigten oder vor dem schädigenden Ereignisse oder durch mindestens ein Jahr unmittelbar vor dem Tode des Geschädigten mit diesem einen gemeinsamen Haushalt führte, ist, wenn eine anspruchsberechtigte Witwe nicht vorhanden ist, hinsichtlich der Versorgungsansprüche einer Witwe des Geschädigten gleichgestellt.

(2) Von mehreren in Betracht kommenden Lebensgefährtinnen ist nur die letzte anspruchsberechtigt. Im Falle der Erwerbung eines neuen Anspruches auf Witwenrente gebührt nur eine, und zwar die höhere Rente.

§ 21.

(1) Eine Witwenrente gebührt nicht, wenn die Ehe getrennt war, ebenso wenn die Gatten aus alleinigem Verschulden der Gattin nicht in ehelicher Gemeinschaft lebten.

(2) Ein Anspruch auf Witwenrente besteht auch dann nicht, wenn eine erst nach dem schädigenden Ereignisse geschlossene Ehe noch nicht ein Jahr gedauert hat. Die gemeinsame Führung des Haushaltes als Lebensgefährtin wird in die Dauer einer nachfolgenden Ehe eingerechnet.

§ 22.

(1) Die Witwenrente beträgt, wenn die Witwe dauernd erwerbsunfähig ist oder das 60. Lebensjahr überschritten hat, die Hälfte, andernfalls 30 vom Hundert der Vollrente des Geschädigten.

(2) Im Falle einer nachfolgenden Verehelichung erlischt der Anspruch auf Witwenrente. An seine Stelle tritt der Anspruch auf Abfertigung im dreifachen Betrage der Jahresrente, der im Falle der Verehelichung nach vollendetem fünfzigstem Lebensjahre sechs Monate nach dem Tage der Eheschließung, in allen anderen Fällen mit der Eheschließung erworben wird.

§ 23.

(1) Im Falle des Todes des Geschädigten aus einer im § 1 bezeichneten Ursache haben seine Kinder, solange sie das 18. Lebensjahr nicht voll-

156 der Beilagen. — Konstituierende Nationalversammlung.

15

Regierungsvorlage:

vollendet haben, Anspruch auf Waisenrente. Über dieses Alter hinaus kann die Waisenrente, solange die berufliche Ausbildung mit Erfolg fortgesetzt wird, längstens jedoch bis zum vollendeten 24. Lebensjahre, zuerkannt werden.

(2) Der Anspruch auf Waisenrente erlischt mit der Berehelichung, er ruht für die Dauer einer unentgeltlichen Verpflegung in einer Erziehungs- oder ähnlichen Anstalt.

§ 24.

Uneheliche Kinder sind den ehelichen gleichgestellt. Hinsichtlich ihrer Versorgungsansprüche ist derjenige, dessen Vaterschaft glaubhaft dargetan wurde, dem ehelichen Vater gleichzuhalten.

§ 25.

(1) Die Waisenrente beträgt für ein einfach verwaistes Kind 20 vom Hundert, für jedes weitere einfach verwaiste Kind 15 vom Hundert, für jedes doppelt verwaiste Kind 30 vom Hundert der Vollrente des Geschädigten.

(2) Mehreren einfach verwaisten Kindern gebührt der Gesamtbetrag der Waisenrenten zu gleichen Teilen.

§ 26.

(1) Anspruch auf Hinterbliebenenrente haben ferner der Vater, die Mutter und die elternlosen Geschwister des Geschädigten, letztere bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, alle diese sofern sie bedürftig sind und vom Geschädigten aus dessen Erwerbseinkommen wesentlich unterstützt wurden und nur insoweit, als die Hinterbliebenenrenten für die Witve und Waisen die Vollrente des Geschädigten nicht erschöpfen.

(2) Die Rente beträgt innerhalb dieses Höchstausmaßes für jeden dieser Anspruchsberechtigten 15 vom Hundert, für mehrere zusammen höchstens 50 vom Hundert der Vollrente des Geschädigten.

(3) Eine Minderung des Rentensatzes nach Absatz 1 oder 2 trifft mehrere Anspruchsberechtigte zu gleichen Teilen.

IX. Sterbegeld.

§ 27.

(1) Im Falle des Todes des Geschädigten gebührt seinen Hinterbliebenen in der im § 18 angegebenen Folge ein Sterbegeld, das, je nachdem der Sterbeort des Geschädigten einer der im § 14, Absatz 4, genannten

Antrag des Ausschusses:

endet haben, Anspruch auf Waisenrente. Über dieses Alter hinaus kann die Waisenrente, solange die berufliche Ausbildung mit Erfolg fortgesetzt wird, längstens jedoch bis zum vollendeten 24. Lebensjahre, zuerkannt werden.

(2) Der Anspruch auf Waisenrente erlischt mit der Berehelichung, er ruht für die Dauer einer unentgeltlichen Verpflegung in einer Erziehungs- oder ähnlichen Anstalt.

§ 24.

Uneheliche Kinder sind den ehelichen gleichgestellt. Hinsichtlich ihrer Versorgungsansprüche ist derjenige, dessen Vaterschaft glaubhaft dargetan wurde, dem ehelichen Vater gleichzuhalten.

§ 25.

(1) Die Waisenrente beträgt für ein einfach verwaistes Kind 20 vom Hundert, für jedes weitere einfach verwaiste Kind 15 vom Hundert, für jedes doppelt verwaiste Kind 30 vom Hundert der Vollrente des Geschädigten.

(2) Mehreren einfach verwaisten Kindern gebührt der Gesamtbetrag der Waisenrenten zu gleichen Teilen.

§ 26.

(1) Anspruch auf Hinterbliebenenrente haben ferner der Vater, die Mutter und ~~wenn die Eltern nicht mehr am Leben sind~~, der Großvater, die Großmutter und die elternlosen Geschwister des Geschädigten, letztere bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, alle diese sofern sie bedürftig sind und vom Geschädigten aus dessen Erwerbseinkommen wesentlich unterstützt wurden und nur insoweit, als die Hinterbliebenenrenten für die Witve und Waisen die Vollrente des Geschädigten nicht erschöpfen.

(2) Die Rente beträgt innerhalb dieses Höchstausmaßes für jeden dieser Anspruchsberechtigten 15 vom Hundert, für mehrere zusammen höchstens 50 vom Hundert der Vollrente des Geschädigten.

(3) Eine Minderung des Rentensatzes nach Absatz 1 oder 2 trifft mehrere Anspruchsberechtigte zu gleichen Teilen.

IX. Sterbegeld.

§ 27.

(1) Im Falle des Todes des Geschädigten gebührt seinen Hinterbliebenen in der im § 18 angegebenen Folge ein Sterbegeld, das, je nachdem der Sterbeort des Geschädigten einer der im § 14, Absatz 4, genannten

Regierungsvorlage:

Ortsklassen angehört, mit 400, 350, 300, 250 oder 200 K zu bemessen ist.

(2) Wenn Hinterbliebene, die Anspruch auf Sterbegeld besitzen, nicht vorhanden sind, ist dieses zum Ersatz der Kosten der Beerdigung des Geschädigten zu verwenden, und zwar in dem nach dem Orte der Beerdigung zu bemessenden Höchstaussaße.

X. Verhältnis zu anderen Bezügen.

§ 28.

(1) Nach Ablauf einer dreijährigen Frist, die mit dem der Gesundheitsschädigung nachfolgenden Kalenderjahre, frühestens jedoch mit Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes, zu laufen beginnt, ist beim Zusammentreffen eines Anspruches auf Heilbehandlung nach diesem Gesetze mit einem Anspruch auf Krankenunterstützung aus der obligatorischen Krankenversicherung die Vergütungspflicht des Staates auf jene Leistungen beschränkt, die über die Leistungen des Trägers der Krankenversicherung hinausgehen.

(2) Innerhalb der im Absatz 1 bestimmten Frist ist beim Zusammentreffen der beiden dort erwähnten Ansprüche die Leistungspflicht des Trägers der Krankenversicherung, soweit durch die Satzungen nicht günstigere Bestimmungen getroffen werden, auf die Hälfte des satzungsgemäßen Krankengeldes beschränkt.

(3) In den im Absatz 2 geregelten Fällen kann die Durchführung der Heilbehandlung eines Versicherten mit dessen Zustimmung dem Träger der Krankenversicherung gegen Entgelt übertragen werden; dieser ist auch in Zweifelsfällen zur vorläufigen Leistung gegen allfälligen Ersatz verpflichtet.

§ 29.

(1) Auf die nach diesem Gesetze zustehenden Rentenansprüche werden dauernde Versorgungsgenüsse, die der Anspruchswerber aus Anlaß desselben schädigenden Ereignisses bezieht, nicht aber Bezüge aus Widmungen für Kriegsbeschädigte, angerechnet.

(2) Ein ständiges Einkommen, das ein Rentenbezugsberechtigter abgesehen von seiner Rente aus anderen als den im Absatz 1 bezeichneten Quellen bezieht, bleibt bis zum Betrage von 6.000 K jährlich auf die Invalidenrente, bis zum Betrage von 3.000 K jährlich auf die Witwenrente und bis zum Betrage von 1.800 K jährlich auf die Waisenrente ohne Einfluß. Bei je 240 K eines Mehreinkommens über obige Grenzen vermindert sich jeder Rentenanspruch um 120 K jährlich. Der

Antrag des Ausschusses:

Ortsklassen angehört, mit 400, 350, 300, 250 oder 200 K zu bemessen ist.

(2) Wenn Hinterbliebene, die Anspruch auf Sterbegeld besitzen, nicht vorhanden sind, ist dieses zum Ersatz der Kosten der Beerdigung des Geschädigten zu verwenden, und zwar in dem nach dem Sterbeorte zu bemessenden Höchstaussaße.

X. Verhältnis zu anderen Bezügen.

§ 28.

(1) Nach Ablauf einer dreijährigen Frist, die mit dem der Gesundheitsschädigung nachfolgenden Kalenderjahre, frühestens jedoch mit Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes, zu laufen beginnt, ist beim Zusammentreffen eines Anspruches auf Heilbehandlung nach diesem Gesetze mit einem Anspruch auf Krankenunterstützung aus der obligatorischen Krankenversicherung die Vergütungspflicht des Staates auf jene Leistungen beschränkt, die über die Leistungen des Trägers der Krankenversicherung hinausgehen.

(2) Innerhalb der im Absatz 1 bestimmten Frist ist beim Zusammentreffen der beiden dort erwähnten Ansprüche die Leistungspflicht des Trägers der Krankenversicherung, soweit durch die Satzungen nicht günstigere Bestimmungen getroffen werden, auf die Hälfte des satzungsmäßigen Krankengeldes beschränkt.

(3) In den im Absatz 2 geregelten Fällen kann die Durchführung der Heilbehandlung eines Versicherten mit dessen Zustimmung dem Träger der Krankenversicherung gegen Entgelt übertragen werden; dieser ist auch in Zweifelsfällen zur vorläufigen Leistung gegen allfälligen Ersatz verpflichtet.

§ 29.

(1) Auf die nach diesem Gesetze zustehenden Rentenansprüche werden dauernde Versorgungsgenüsse, die der Anspruchswerber aus Anlaß desselben schädigenden Ereignisses bezieht, nicht aber Bezüge aus Widmungen für Kriegsbeschädigte, angerechnet.

(2) Ein ständiges Einkommen, das ein Rentenbezugsberechtigter abgesehen von seiner Rente aus anderen als den im Absatz 1 bezeichneten Quellen bezieht, bleibt bis zum Betrage von 6.000 K jährlich auf die Invalidenrente, bis zum Betrage von 3.000 K jährlich auf die Witwenrente und bis zum Betrage von 1.800 K jährlich auf die Waisenrente ohne Einfluß. Bei je 240 K eines Mehreinkommens über obige Grenzen vermindert sich jeder Rentenanspruch um 120 K jährlich. Der

156 der Beilagen. — Konstituierende Nationalversammlung.

17

Regierungsvorlage:

Anspruch auf Invalidenrente und derjenige auf Rentenzuschuß nach § 15 gelten zusammen als ein Rentenanspruch.

XI. Allgemeine Bestimmungen über Vergütungsansprüche.

§ 30.

(1) Jeder Vergütungsanspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb Jahresfrist nach Eintritt seiner Voraussetzungen geltend gemacht wird.

(2) Eine Gesundheitsschädigung oder ein Todesfall gelten nicht als durch militärische Dienstleistung oder Handlung verursacht (§ 1), wenn seit der Beendigung der militärischen Dienstleistung oder seit dem angeblich schädigenden Ereignisse drei Jahre abgelaufen sind, ohne daß der Geschädigte einen Anspruch nach diesem Gesetze geltend gemacht hat.

(3) Der Lauf der in Absatz 1 und 2 bestimmten Fristen beginnt nicht vor Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes, er ist ferner solange gehemmt, als der Anspruchswerber unfreiwillig im Auslande weilt oder aus anderen Gründen an der Geltendmachung seines Anspruches gehindert ist.

§ 31.

(1) Jede Rente wird mit dem ersten Tage des auf die Erwerbung des Anspruches folgenden Monates fällig und ist monatlich im vorhinein zahlbar. Krankengeld und Sterbegeld werden sofort mit Erfüllung der Bedingungen für den Anspruch fällig, ersteres ist wöchentlich im nachhinein zahlbar.

(2) Die Renten werden regelmäßig für die Zeit des ungeänderten Bestandes ihrer rechtlichen Voraussetzungen zuerkannt; Invalidenrenten können auch für eine von vornherein begrenzte Dauer — unter Vorbehalt neuerlicher Bemessung — zuerkannt werden.

§ 32.

(1) Wenn eine Voraussetzung des Rentenanspruches erlischt, ist die Rente einzustellen; wenn eine für die Höhe des Rentenanspruches maßgebende Veränderung eintritt, ist die Rente neu zu bemessen.

(2) Die Einstellung oder Neubemessung einer Rente wird mit dem auf die maßgebende Veränderung unmittelbar folgenden Monate wirksam. Hiervon gelten folgende Ausnahmen:

1. Die Herabsetzung oder Einstellung einer auf unbestimmte Dauer zugesprochenen Invalidenrente

Antrag des Ausschusses:

Anspruch auf Invalidenrente und derjenige auf Rentenzuschuß nach § 15 gelten zusammen als ein Rentenanspruch.

XI. Allgemeine Bestimmungen über Vergütungsansprüche.

§ 30.

(1) Jeder Vergütungsanspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb Jahresfrist nach Eintritt seiner Voraussetzungen geltend gemacht wird.

(2) Eine Gesundheitsschädigung oder ein Todesfall gelten nicht als durch militärische Dienstleistung oder Handlung verursacht (§ 1), wenn seit der Beendigung der militärischen Dienstleistung oder seit dem angeblich schädigenden Ereignisse drei Jahre abgelaufen sind, ohne daß der Geschädigte einen Anspruch nach diesem Gesetze geltend gemacht hat.

(3) Der Lauf der in Absatz 1 und 2 bestimmten Fristen beginnt nicht vor Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes, er ist ferner solange gehemmt, als der Anspruchswerber unfreiwillig im Auslande weilt oder aus anderen Gründen an der Geltendmachung seines Anspruches gehindert ist.

§ 31.

(1) Jede Rente wird mit dem ersten Tage des auf die Erwerbung des Anspruches folgenden Monates fällig und ist monatlich im vorhinein zahlbar. Krankengeld und Sterbegeld werden sofort mit Erfüllung der Bedingungen für den Anspruch fällig, ersteres ist wöchentlich im nachhinein zahlbar.

(2) Die Renten werden regelmäßig für die Zeit des ungeänderten Bestandes ihrer rechtlichen Voraussetzungen zuerkannt; Invalidenrenten können auch für eine von vornherein begrenzte Dauer — unter Vorbehalt neuerlicher Bemessung — zuerkannt werden.

§ 32.

(1) Wenn eine Voraussetzung des Rentenanspruches erlischt, ist die Rente einzustellen; wenn eine für die Höhe des Rentenanspruches maßgebende Veränderung eintritt, ist die Rente neu zu bemessen.

(2) Die Einstellung oder Neubemessung einer Rente wird mit dem auf die maßgebende Veränderung unmittelbar folgenden Monate wirksam. Hiervon gelten folgende Ausnahmen:

1. Die Herabsetzung oder Einstellung einer auf unbestimmte Dauer zugesprochenen Invalidenrente

Regierungsvorlage:

wegen Zunahme des Grades der Erwerbsfähigkeit wird erst von dem der Zustellung der betreffenden Entscheidung nachfolgenden Monate an wirksam; sie ist überdies, wenn seit der ersten Bemessung zwei Jahre verstrichen sind, nur in Zeitabschnitten von mindestens einem Jahre zulässig.

2. Ein Anspruch auf Erhöhung der Invalidenrente wegen Verminderung des Grades der Erwerbsfähigkeit tritt mit dem der Anmeldung der maßgebenden Veränderung unmittelbar folgenden Monate ein.

(3) Wer eine Rente bezieht, ist verpflichtet, jede ihm bekannte Veränderung in den rechtlichen Voraussetzungen des Rentenbezuges, die den Verlust oder eine Minderung seines Anspruches begründet, bei der zuständigen Militärversorgungskommission anzuzeigen. Für den aus der Unterlassung der Anzeige erwachsenden Schaden kann der Rentner oder sein gesetzlicher Vertreter zum Ersatze verhalten werden.

§ 33.

(1) Die Zuerkennung einer Leistung kann widerrufen werden, wenn sie sich nachträglich als irrtümlich herausstellt.

(2) Zum Rückersatze kann der Empfänger jedoch nur dann verpflichtet werden, wenn er durch strafgerichtliches Urteil überwiesen wurde, die Leistung erschlichen zu haben.

§ 34.

Für die Dauer der Verbüßung einer mehr als einmonatigen Freiheitsstrafe ruht der Anspruch auf Rente. Wenn der Bezugsberechtigte Angehörige hat, die von ihm wesentlich unterstützt wurden, ist ihnen im Falle der Bedürftigkeit die ruhende Rente ganz oder teilweise auszufolgen.

§ 35.

Bei längerem als einjährigem Aufenthalt im Ausland ist der Weiterbezug der Rente von einer besonderen Bewilligung der zuständigen Militärversorgungskommission abhängig.

§ 36.

(1) Mit Zustimmung des Bezugsberechtigten oder seines gesetzlichen Vertreters kann eine Rente ganz oder teilweise umgewandelt werden, indem an ihre Stelle tritt:

1. die Unterbringung in einer Anstalt,
2. eine andere Sicherstellung oder Erleichterung des Unterhaltes, der Wartung und Pflege,

Antrag des Ausschusses:

wegen Zunahme des Grades der Erwerbsfähigkeit wird erst von dem der Zustellung der betreffenden Entscheidung nachfolgenden Monate an wirksam; sie ist überdies, wenn seit der ersten Bemessung zwei Jahre verstrichen sind, nur in Zeitabschnitten von mindestens einem Jahre zulässig.

2. Ein Anspruch auf Erhöhung der Invalidenrente wegen Verminderung des Grades der Erwerbsfähigkeit tritt mit dem der Anmeldung der maßgebenden Veränderung unmittelbar folgenden Monate ein.

(3) Wer eine Rente bezieht, ist verpflichtet, jede ihm bekannte Veränderung in den rechtlichen Voraussetzungen des Rentenbezuges, die den Verlust oder eine Minderung seines Anspruches begründet, bei der zuständigen Militärversorgungskommission anzuzeigen. Für den aus der Unterlassung der Anzeige erwachsenden Schaden kann der Rentner oder sein gesetzlicher Vertreter zum Ersatze verhalten werden.

§ 33.

(1) Die Zuerkennung einer Leistung kann widerrufen werden, wenn sie sich nachträglich als **gesetzlich nicht begründet** herausstellt.

(2) Zum Rückersatze kann der Empfänger jedoch nur dann verpflichtet werden, wenn er durch strafgerichtliches Urteil überwiesen wurde, die Leistung erschlichen zu haben.

§ 34.

Für die Dauer der Verbüßung einer mehr als einmonatigen Freiheitsstrafe ruht der Anspruch auf Rente. Wenn der Bezugsberechtigte Angehörige hat, die von ihm wesentlich unterstützt wurden, ist ihnen im Falle der Bedürftigkeit die ruhende Rente auszufolgen.

§ 35.

Bei längerem als einjährigem Aufenthalt im Ausland ist der Weiterbezug der Rente von einer besonderen Bewilligung der zuständigen Militärversorgungskommission abhängig.

§ 36.

(1) Mit Zustimmung des Bezugsberechtigten oder seines gesetzlichen Vertreters kann eine Rente ganz oder teilweise umgewandelt werden, indem an ihre Stelle tritt:

1. die Unterbringung in einer Anstalt,
2. eine andere Sicherstellung oder Erleichterung des Unterhaltes, der Wartung und Pflege, der

156 der Beilagen. — Konstituierende Nationalversammlung.

19

Regierungsvorlage:

der Ansiedlung oder des Erwerbes des Bezugsberechtigten,

3. die Auszahlung einer Abfertigung, wenn deren dauernde Verwertung zugunsten des Rentners gewährleistet erscheint.

(2) Invalidenteilrenten der 1. Stufe (§ 9, Absatz 3) können zur Gänze, solche der 2. Stufe bis zu zwei Dritteln, alle übrigen Renten bis zur Hälfte abgefertigt werden.

(3) Die näheren Bestimmungen über die Umwandlung von Renten werden durch Vollzugsanweisung getroffen.

§ 37.

Die auf Rentenansprüche einschließlich Rentenzuschüsse skalarmäßig entfallende Einkommensteuer wird vom Staate zur Zahlung übernommen.

§ 38.

(1) Eine Exekution auf die nach diesem Gesetze gebührenden Vergütungen ist nur zulässig:

1. für Vorschüsse, die vom Staate, einem Selbstverwaltungskörper oder einem in öffentlicher Verwaltung stehenden Fonds auf eine nach diesem Gesetze gebührende Vergütung gewährt wurden,

2. für Ansprüche auf Leistung des gesetzlichen Unterhaltes insoweit, daß dem Verpflichteten ein Drittel, mindestens aber ein Jahresbezug oder ein Betrag von 1.200 K frei bleiben muß. Ein Rentenzuschuß nach § 15, Absatz 1, unterliegt der Exekution für Unterhaltsansprüche desjenigen Kindes, für das der Zuschuß bestimmt ist, unbeschränkt; ein Rentenzuschuß nach § 15, Absatz 2 und das Sterbegeld sind auch der Exekution für Ansprüche auf Leistung des gesetzlichen Unterhaltes gänzlich entzogen und bei Berechnung des der Exekution unterliegenden Teiles der Vergütung nicht in Anschlag zu bringen.

(2) Die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen kann durch ein zwischen dem Verpflichteten und dem Gläubiger getroffenes Übereinkommen weder ausgeschlossen noch beschränkt werden. Jede dieser Vorschriften widersprechende Verfügung durch Zession, Anweisung oder durch ein anderes Rechtsgeschäft ist ohne rechtliche Wirkung und es sind daher auch Abzüge auf solcher Grundlage unzulässig.

XII. Behörden und Verfahren.

§ 39.

(1) Die auf dieses Gesetz gestützten Ansprüche sind durch Anmeldung geltend zu machen.

Antrag des Ausschusses:

Ansiedlung oder des Erwerbes des Bezugsberechtigten.

3. die Auszahlung einer Abfertigung, wenn deren dauernde Verwertung zugunsten des Rentners gewährleistet erscheint.

(2) Invalidenteilrenten der 1. Stufe (§ 9, Absatz 3) können zur Gänze, solche der 2. Stufe bis zu zwei Dritteln, alle übrigen Renten bis zur Hälfte abgefertigt werden.

(3) Die näheren Bestimmungen über die Umwandlung von Renten werden durch Vollzugsanweisung getroffen.

§ 37.

Die auf Rentenansprüche einschließlich Rentenzuschüsse skalarmäßig entfallende Einkommensteuer wird vom Staate zur Zahlung übernommen.

§ 38.

(1) Eine Exekution auf die nach diesem Gesetze gebührenden Vergütungen ist nur zulässig:

1. für Vorschüsse, die vom Staate, einem Selbstverwaltungskörper oder einem in öffentlicher Verwaltung stehenden Fonds auf eine nach diesem Gesetze gebührende Vergütung gewährt wurden,

2. für Ansprüche auf Leistung des gesetzlichen Unterhaltes insoweit, daß dem Verpflichteten ein Drittel, mindestens aber ein Jahresbezug oder ein Betrag von 1.200 K frei bleiben muß. Ein Rentenzuschuß nach § 15, Absatz 1, unterliegt der Exekution für Unterhaltsansprüche desjenigen Kindes, für das der Zuschuß bestimmt ist, unbeschränkt; ein Rentenzuschuß nach § 15, Absatz 2 und das Sterbegeld sind auch der Exekution für Ansprüche auf Leistung des gesetzlichen Unterhaltes gänzlich entzogen und bei Berechnung des der Exekution unterliegenden Teiles der Vergütung nicht in Anschlag zu bringen.

(2) Die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen kann durch ein zwischen dem Verpflichteten und dem Gläubiger getroffenes Übereinkommen weder ausgeschlossen noch beschränkt werden. Jede dieser Vorschriften widersprechende Verfügung durch Zession, Anweisung oder durch ein anderes Rechtsgeschäft ist ohne rechtliche Wirkung und es sind daher auch Abzüge auf solcher Grundlage unzulässig.

XII. Behörden und Verfahren.

§ 39.

(1) Die auf dieses Gesetz gestützten Ansprüche sind durch Anmeldung geltend zu machen.

Regierungsvorlage:

(2) Alle zur Durchführung dieses Gesetzes berufenen Behörden, ferner die öffentlichen Krankenanstalten und orthopädischen Anstalten sind verpflichtet, bei jedem sich ergebenden Anlasse die Parteien über ihre Ansprüche nach diesem Gesetze zu unterrichten, sie bei deren Geltendmachung zu unterstützen und eine noch ausstehende Anmeldung bei der zuständigen Stelle zu bewirken.

(3) Wegen Durchführung einer Heilbehandlung oder Ausstattung mit Körperersatzstücken und orthopädischen Behelfen haben die Organe des staatlichen Gesundheitsdienstes die notwendigen vorläufigen Verfügungen von Amts wegen zu treffen, unvorgreiflich der Entscheidung über den Bestand eines Anspruches nach diesem Gesetze (§ 44, Absatz 1).

§ 40.

(1) Die Anmeldungen sind unter Beibringung der den Anspruch nachweisenden Belege mündlich oder schriftlich bei der nach dem Aufenthalte des Anspruchswerbers zuständigen politischen Bezirksbehörde und in Fällen des Aufenthaltes im Auslande bei der inländischen Konsularbehörde zu erstatten.

(2) Auch durch Anmeldung bei einer nicht zuständigen Behörde des Inlandes wird der Vorschrift des § 30 über die befristete Geltendmachung von Ansprüchen Genüge geleistet. Die betreffende Behörde hat die Anmeldung ungefäumt an die zuständige Stelle zu leiten.

§ 41.

(1) Die politische Bezirksbehörde hat über das Zutreffen der Voraussetzungen für einen Anspruch nach diesem Gesetze erforderlichen Falles unverzüglich Erhebungen zu pflegen und die so ergänzten Anmeldungen der zuständigen Militärversorgungskommission vorzulegen.

(2) Das Staatsamt für soziale Verwaltung kann die den politischen Bezirksbehörden bei der Durchführung dieses Gesetzes obliegenden Aufgaben besonderen Organen (Invalidenämtern) übertragen. Die Zusammensetzung und Geschäftsführung solcher Organe wird durch Vollzugsanweisung geregelt.

(3) Die Militärversorgungskommission leitet und überwacht die von den nachgeordneten Behörden und Organen bei der Durchführung dieses Gesetzes entwickelte Tätigkeit.

§ 42.

(1) Für jedes Land wird am Sitze der Landesregierung eine Militärversorgungskommission er-

Antrag des Ausschusses:

(2) Alle zur Durchführung dieses Gesetzes berufenen Behörden, ferner die öffentlichen Krankenanstalten und orthopädischen Anstalten sind verpflichtet, bei jedem sich ergebenden Anlasse die Parteien über ihre Ansprüche nach diesem Gesetze zu unterrichten, sie bei deren Geltendmachung zu unterstützen und eine noch ausstehende Anmeldung bei der zuständigen Stelle zu bewirken.

(3) Wegen Durchführung einer Heilbehandlung oder Ausstattung mit Körperersatzstücken und orthopädischen Behelfen haben die Organe des staatlichen Gesundheitsdienstes oder von ihnen zu bestimmende örtliche Organe die notwendigen vorläufigen Verfügungen von Amts wegen zu treffen, unvorgreiflich der Entscheidung über den Bestand eines Anspruches nach diesem Gesetze (§ 44, Absatz 1).

§ 40.

(1) Die Anmeldungen sind unter Beibringung der den Anspruch nachweisenden Belege mündlich oder schriftlich bei der nach dem Aufenthalte des Anspruchswerbers zuständigen politischen Bezirksbehörde und in Fällen des Aufenthaltes im Auslande bei der inländischen Konsularbehörde zu erstatten.

(2) Auch durch Anmeldung bei einer nicht zuständigen Behörde des Inlandes wird der Vorschrift des § 30 über die befristete Geltendmachung von Ansprüchen Genüge geleistet. Die betreffende Behörde hat die Anmeldung ungefäumt an die zuständige Stelle zu leiten.

§ 41.

(1) Die politische Bezirksbehörde hat über das Zutreffen der Voraussetzungen für einen Anspruch nach diesem Gesetze erforderlichen Falles unverzüglich Erhebungen zu pflegen und die so ergänzten Anmeldungen der zuständigen Invalidenentschädigungskommission vorzulegen.

(2) Das Staatsamt für soziale Verwaltung kann die den politischen Bezirksbehörden bei der Durchführung dieses Gesetzes obliegenden Aufgaben besonderen Organen (Invalidenämtern) übertragen. Die Zusammensetzung und Geschäftsführung solcher Organe wird durch Vollzugsanweisung geregelt.

(3) Die Invalidenentschädigungskommission leitet und überwacht die von den nachgeordneten Behörden und Organen bei der Durchführung dieses Gesetzes entwickelte Tätigkeit.

§ 42.

(1) Für jedes Land wird am Sitze der Landesregierung eine Invalidenentschädigungskommission

Regierungsvorlage:

richtet. Nach Erfordernis können in einem Lande mehrere Kommissionen errichtet werden. Der Staatssekretär für soziale Verwaltung bestimmt in diesem Falle Sitz und Sprengel jeder Kommission.

(2) Den Vorsitz in der Kommission führt der Landeshauptmann oder ein von ihm bestellter Vertreter. Ihr gehören als Mitglieder an:

1. Vertreter der organisierten Invaliden und Kriegervitwen sowie der Jugendfürsorgeorganisationen;

2. Vertreter der staatlichen Finanzverwaltung;

3. Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes, Vertrauensärzte der organisierten Invaliden und Ärzte, die mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge oder mit der Unfallentschädigung bei der Arbeiterversicherung vertraut sind;

4. Fachmänner auf den wichtigsten Gebieten des fachlichen Unterrichtes;

5. Fachmänner auf dem Gebiete der Unfall- und der Krankenversicherung der Arbeiter.

(3) Die Vertreter der Organisationen (Absatz 2, Punkt 1 und 3) werden von den in Betracht kommenden Organisationen entsendet, jene der staatlichen Finanzverwaltung und die Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes werden vom zuständigen Staatsamte bestimmt, die übrigen Mitglieder werden vom Vorsitzenden berufen.

(4) Die Mitglieder und die im Falle ihrer Verhinderung eintretenden Ersatzmänner sind für jede Gruppe in der erforderlichen Zahl zu bestellen. Im Bedarfsfalle können auch außer der Kommission stehende Personen den Sitzungen der Kommission mit beratender Stimme beigezogen werden.

§ 43.

(1) Einer Militärversorgungskommission können nur deutschösterreichische Staatsbürger, die eigenberechtigt und von der Wählbarkeit in die Nationalversammlung nicht ausgeschlossen sind, als Mitglieder angehören.

(2) Die Mitgliedschaft bei der Kommission ist ein Ehrenamt. Den Mitgliedern, die nicht Angestellte des Staates sind, gebührt aus Staatsmitteln der Ersatz von Reisekosten und eine Vergütung ihrer Mühewaltung in der vom Vorsitzenden zu bestimmenden Höhe (§ 51).

§ 44.

(1) Die Militärversorgungskommission entscheidet auf Grund des Ergebnisses der gepflogenen Erhebungen und der eingeholten fachlichen Gutachten über Bestand und Umfang aller Ansprüche nach diesem Gesetze.

Antrag des Ausschusses:

errichtet. Nach Erfordernis können in einem Lande mehrere Kommissionen errichtet werden. Der Staatssekretär für soziale Verwaltung bestimmt in diesem Falle Sitz und Sprengel jeder Kommission.

(2) Den Vorsitz in der Kommission führt der Landeshauptmann oder ein von ihm bestellter Vertreter. Ihr gehören als Mitglieder an:

1. Vertreter der organisierten Invaliden und Kriegervitwen sowie der Jugendfürsorgeorganisationen;

2. Vertreter der staatlichen Finanzverwaltung;

3. Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes, Vertrauensärzte der organisierten Invaliden und Ärzte, die mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge oder mit der Unfallentschädigung bei der Arbeiterversicherung vertraut sind;

4. Fachmänner auf den wichtigsten Gebieten des fachlichen Unterrichtes;

5. Fachmänner auf dem Gebiete der Unfall- und der Krankenversicherung der Arbeiter.

(3) Die Vertreter der Organisationen (Absatz 2, Punkt 1 und 3) werden von den in Betracht kommenden Organisationen entsendet, jene der staatlichen Finanzverwaltung und die Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes werden vom zuständigen Staatsamte bestimmt, die übrigen Mitglieder werden vom Vorsitzenden berufen.

(4) Die Mitglieder und die im Falle ihrer Verhinderung eintretenden Ersatzmänner sind für jede Gruppe in der erforderlichen Zahl zu bestellen. Im Bedarfsfalle können auch außer der Kommission stehende Personen den Sitzungen der Kommission mit beratender Stimme beigezogen werden.

§ 43.

(1) Einer **Invalidentenschädigungskommission** können nur deutschösterreichische Staatsbürger, die eigenberechtigt und von der Wählbarkeit in die Nationalversammlung nicht ausgeschlossen sind, als Mitglieder angehören.

(2) Die Mitgliedschaft bei der Kommission ist ein Ehrenamt. Den Mitgliedern, die nicht Angestellte des Staates sind, gebührt aus Staatsmitteln der Ersatz von Reisekosten und eine Vergütung ihrer Mühewaltung in der vom Vorsitzenden zu bestimmenden Höhe (§ 51).

§ 44.

(1) Die **Invalidentenschädigungskommission** entscheidet auf Grund des Ergebnisses der gepflogenen Erhebungen und der eingeholten fachlichen Gutachten über Bestand und Umfang aller Ansprüche nach diesem Gesetze.

Regierungsvorlage:

(2) An die am Sitze einer Landesregierung gebildete Militärversorgungskommission gehen außerdem alle Aufgaben der am selben Orte bestehenden Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger über. Nach Bedarf können den Militärversorgungskommissionen durch Vollzugsanweisung noch andere Aufgaben auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge übertragen werden.

(3) Die Durchführung der Heilbehandlung und der Ausstattung mit Körperersatzstücken und orthopädischen Behelfen obliegt den Organen des staatlichen Gesundheitsdienstes. Im übrigen trifft die Militärversorgungskommission die zum Vollzuge ihrer Entscheidungen nötigen Vorkehrungen.

(4) Die Militärversorgungskommissionen können einzelne ihrer Aufgaben auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge den ihnen nachgeordneten Behörden und Organen übertragen.

§ 45.

Die Militärversorgungskommissionen unterstehen dem Staatsamte für soziale Verwaltung, das ihre Tätigkeit leitet und überwacht.

§ 46.

(1) Die Militärversorgungskommissionen besorgen die ihnen zugewiesenen Geschäfte

1. durch Ausschüsse ihrer Mitglieder, die sowohl nach sachlichen als auch nach örtlichen Gesichtspunkten gebildet werden können;

2. durch ihr Bureau.

(2) Zur Entscheidung über Ansprüche auf Heilbehandlung oder Ausstattung mit Körperersatzstücken und orthopädischen Behelfen ist bei jeder Kommission ein besonderer Heilausschuß zu bilden, in dem ein Arzt des Gesundheitsdienstes der Landesregierung den Vorsitz führt und dem ein Vertrauensarzt der organisierten Invaliden beizuziehen ist. Im übrigen werden Zusammensetzung und Wirkungskreis der Ausschüsse und die Art ihrer Beschlussfassung durch eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung der übergeordneten Behörde unterliegt und innerhalb der Geschäftsordnung durch den Vorsitzenden der Kommission bestimmt.

(3) Das Bureau der Kommission wird von ihrem Vorsitzenden aus Beamten der Landesregierung und der bisherigen Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger sowie aus den sonst erforderlichen Hilfskräften gebildet. Bei neuen Anstellungen

Antrag des Ausschusses:

(2) An die am Sitze einer Landesregierung gebildete Invalidentenschädigungskommission gehen außerdem alle Aufgaben der am selben Orte bestehenden Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger über. Nach Bedarf können den Invalidentenschädigungskommissionen durch Vollzugsanweisung noch andere Aufgaben auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge übertragen werden.

(3) Die Durchführung der Heilbehandlung und der Ausstattung mit Körperersatzstücken und orthopädischen Behelfen obliegt den Organen des staatlichen Gesundheitsdienstes. Im übrigen trifft die Invalidentenschädigungskommission die zum Vollzuge ihrer Entscheidungen nötigen Vorkehrungen.

(4) Die Invalidentenschädigungskommissionen können einzelne ihrer Aufgaben auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge den ihnen nachgeordneten Behörden und Organen übertragen.

§ 45.

Die Invalidentenschädigungskommissionen unterstehen dem Staatsamte für soziale Verwaltung, das ihre Tätigkeit leitet und überwacht.

§ 46.

(1) Die Invalidentenschädigungskommissionen besorgen die ihnen zugewiesenen Geschäfte

1. durch Ausschüsse ihrer Mitglieder, die sowohl nach sachlichen als auch nach örtlichen Gesichtspunkten gebildet werden können;

2. durch ihr Bureau.

(2) Zur Entscheidung über Ansprüche auf Heilbehandlung oder Ausstattung mit Körperersatzstücken und orthopädischen Behelfen ist bei jeder Kommission ein besonderer Heilausschuß zu bilden, in dem ein Arzt des Gesundheitsdienstes der Landesregierung den Vorsitz führt und dem ein Vertrauensarzt der organisierten Invaliden beizuziehen ist. Im übrigen werden Zusammensetzung und Wirkungskreis der Ausschüsse und die Art ihrer Beschlussfassung durch eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung der übergeordneten Behörde unterliegt und innerhalb der Geschäftsordnung durch den Vorsitzenden der Kommission bestimmt.

(3) Das Bureau der Kommission wird von ihrem Vorsitzenden aus Beamten der Landesregierung und der bisherigen Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrenden Krieger sowie aus den sonst erforderlichen Hilfskräften gebildet. Bei notwendigen Men-

156 der Beilagen. — Konstituierende Nationalversammlung.

23

Regierungsvorlage:

gebührt den nach diesem Gesetze anspruchsberechtigten Personen im Falle gleicher Eignung der Vorzug.

(4) Der Bureauleiter ist dem Vorsitzenden der Kommission für die Geschäftsführung des Bureaus verantwortlich.

§ 47.

Die Militärversorgungskommission wird nach außen durch ihren Vorsitzenden vertreten. Schriftliche Ausfertigungen der Kommission über Ansprüche nach diesem Gesetze müssen vom Vorsitzenden der Kommission und vom Bureauleiter, wenn sie aber auf dem Beschlusse eines Ausschusses beruhen, von dessen Vorsitzenden und dem Bureauleiter gefertigt sein.

§ 48.

(1) Im Rahmen der Geschäftsordnung bestimmt der Vorsitzende der Kommission, welche Geschäfte laufend vom Bureau und welche kommissionell vom zuständigen Ausschusse zu behandeln sind.

(2) In allen Fällen, in denen ein Bescheid des Bureaus einen Auspruch über Rechte oder Pflichten nach diesem Gesetze enthält, ist jede beteiligte Partei innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Bescheides berechtigt, eine Entscheidung des zuständigen Ausschusses auf Grund kommissioneller Verhandlungen zu verlangen. Auf dieses Recht muß im Bescheide ausdrücklich hingewiesen werden, widrigenfalls das Verlangen nach kommissioneller Überprüfung an keine Frist gebunden ist.

(3) Die Bescheide des Bureaus sind vorläufig in Vollzug zu setzen. Die an ihre Stelle tretenden kommissionellen Entscheidungen wirken nur dann zurück, wenn sie für den Anspruchswerber günstiger sind.

§ 49.

Beschwerden gegen die von nachgeordneten Behörden und Organen auf Grund des § 44, Absatz 3 oder 4, getroffenen Verfügungen sind stets vom zuständigen Ausschusse auf Grund kommissioneller Verhandlung zu entscheiden.

§ 50.

(1) Die kommissionellen Verhandlungen sind öffentlich. Ausnahmsweise kann der Vorsitzende eines Ausschusses über Antrag der Partei, die ein Interesse an der Geheimhaltung persönlicher Verhältnisse geltend macht, die Öffentlichkeit einer Verhandlung ausschließen.

(2) Jeder Partei steht es frei, sich bei der kommissionellen Verhandlung durch eine Person ihres Vertrauens vertreten oder unterstützen zu lassen.

Antrag des Ausschusses:

anstellungen gebührt den nach diesem Gesetze anspruchsberechtigten Personen im Falle gleicher Eignung der Vorzug.

(4) Der Bureauleiter ist dem Vorsitzenden der Kommission für die Geschäftsführung des Bureaus verantwortlich.

§ 47.

Die Invalidenentschädigungskommission wird nach außen durch ihren Vorsitzenden vertreten. Schriftliche Ausfertigungen der Kommission über Ansprüche nach diesem Gesetze müssen vom Vorsitzenden der Kommission und vom Bureauleiter, wenn sie aber auf dem Beschlusse eines Ausschusses beruhen, von dessen Vorsitzenden und dem Bureauleiter gefertigt sein.

§ 48.

(1) Im Rahmen der Geschäftsordnung bestimmt der Vorsitzende der Kommission, welche Geschäfte laufend vom Bureau und welche kommissionell vom zuständigen Ausschusse zu behandeln sind.

(2) In allen Fällen, in denen ein Bescheid des Bureaus einen Auspruch über Rechte oder Pflichten nach diesem Gesetze enthält, ist jede beteiligte Partei innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Bescheides berechtigt, eine Entscheidung des zuständigen Ausschusses auf Grund kommissioneller Verhandlungen zu verlangen. Auf dieses Recht muß im Bescheide ausdrücklich hingewiesen werden, widrigenfalls das Verlangen nach kommissioneller Überprüfung an keine Frist gebunden ist.

(3) Die Bescheide des Bureaus sind vorläufig in Vollzug zu setzen. Die an ihre Stelle tretenden kommissionellen Entscheidungen wirken nur dann zurück, wenn sie für den Anspruchswerber günstiger sind.

§ 49.

Beschwerden gegen die von nachgeordneten Behörden und Organen auf Grund des § 44, Absatz 3 oder 4, getroffenen Verfügungen sind stets vom zuständigen Ausschusse auf Grund kommissioneller Verhandlung zu entscheiden.

§ 50.

(1) Die kommissionellen Verhandlungen sind öffentlich. Ausnahmsweise kann der Vorsitzende eines Ausschusses über Antrag der Partei, die ein Interesse an der Geheimhaltung persönlicher Verhältnisse geltend macht, die Öffentlichkeit einer Verhandlung ausschließen.

(2) Jeder Partei steht es frei, sich bei der kommissionellen Verhandlung durch eine Person ihres Vertrauens vertreten oder unterstützen zu lassen.

Regierungsvorlage:

(3) Unvermeidliche Auslagen, die dem Anspruchswerber oder einem Zeugen durch persönliche Teilnahme an einer kommissionellen Verhandlung erwachsen, sind in der vom Vorsitzenden anerkannten Höhe aus Staatsmitteln zu ersetzen.

§ 51.

Für die Bemessung der nach § 43, Absatz 2, und § 50, Absatz 3, gebührenden Ersätze und Vergütungen sind durch Vollzugsanweisung verbindliche Grundsätze oder Höchstbeträge aufzustellen.

§ 52.

(1) Die Militärversorgungskommissionen sind staatliche Behörden. In Angelegenheit ihres Wirkungskreises sind ihnen gegenüber alle Staatsbürger zur Erteilung von Auskünften und alle öffentlichen Behörden und Ämter zur Unterstützung verpflichtet.

(2) Wer eine Leistung nach diesem Gesetze in Anspruch nimmt, ist verpflichtet, sich einer allenfalls angeordneten ärztlichen Untersuchung und unter Umständen der Beobachtung in einer Anstalt in der Höchstdauer von zwei Wochen zu unterziehen, widrigenfalls die Leistung abgelehnt oder eingestellt werden kann. Für die Dauer der Unterbringung in einer Anstalt zum Zwecke der Beobachtung gebührt freie Verpflegung und Ersatz des Verdienstentganges.

§ 53.

Entscheidungen der Militärversorgungskommissionen, die auf dem Beschlusse eines Ausschusses beruhen, können aus folgenden Gründen bei dem in Wien zu errichtenden Militärversorgungsgerichte durch Klage angefochten werden:

1. wegen unrichtiger Anwendung eines Gesetzes oder einer Durchführungsvorschrift zu einem Gesetze;
2. wegen wesentlicher Mängel des Verfahrens.

§ 54.

(1) Als Militärversorgungsgericht hat beim Verwaltungsgerichtshof ein ständiger Senat zu wirken, der aus einem Vorsitzenden und zwei Räten dieses Gerichtshofes besteht und dem nach Bedarf auch Fachmänner auf dem Gebiete der ärztlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge sowie der Unfall- und Krankenversicherung der Arbeiter, endlich Vertrauensärzte und sonstige Vertreter der organisierten Invaliden- und Kriegervitwen sowie der Jugendfürsorgeorganisationen als Beisitzer mit beratender Stimme beigezogen werden können.

Antrag des Ausschusses:

(3) Unvermeidliche Auslagen, die dem Anspruchswerber oder einem Zeugen durch persönliche Teilnahme an einer kommissionellen Verhandlung erwachsen, sind in der vom Vorsitzenden anerkannten Höhe aus Staatsmitteln zu ersetzen.

§ 51.

Für die Bemessung der nach § 43, Absatz 2, und § 50, Absatz 3, gebührenden Ersätze und Vergütungen sind durch Vollzugsanweisung verbindliche Grundsätze oder Höchstbeträge aufzustellen.

§ 52.

(1) Die Invalidenentschädigungskommissionen sind staatliche Behörden. In Angelegenheit ihres Wirkungskreises sind ihnen gegenüber alle Staatsbürger zur Erteilung von Auskünften und alle öffentlichen Behörden und Ämter zur Unterstützung verpflichtet.

(2) Wer eine Leistung nach diesem Gesetze in Anspruch nimmt, ist verpflichtet, sich einer allenfalls angeordneten ärztlichen Untersuchung und unter Umständen der Beobachtung in einer Anstalt in der Höchstdauer von zwei Wochen zu unterziehen, widrigenfalls die Leistung abgelehnt oder eingestellt werden kann. Für die Dauer der Unterbringung in einer Anstalt zum Zwecke der Beobachtung gebührt freie Verpflegung und Ersatz des Verdienstentganges.

§ 53.

Entscheidungen der Invalidenentschädigungskommissionen, die auf dem Beschlusse eines Ausschusses beruhen, können aus folgenden Gründen bei dem in Wien zu errichtenden Invalidenentschädigungsgerichte durch Klage angefochten werden:

1. wegen unrichtiger Anwendung eines Gesetzes oder einer Durchführungsvorschrift zu einem Gesetze;
2. wegen wesentlicher Mängel des Verfahrens.

§ 54.

(1) Als Invalidenentschädigungsgericht hat beim Verwaltungsgerichtshof ein ständiger Senat zu wirken, der aus einem Vorsitzenden und zwei Räten dieses Gerichtshofes besteht und dem nach Bedarf auch Fachmänner auf dem Gebiete der ärztlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge sowie der Unfall- und Krankenversicherung der Arbeiter, endlich Vertrauensärzte und sonstige Vertreter der organisierten Invaliden und Kriegervitwen sowie der Jugendfürsorgeorganisationen als Beisitzer mit beratender Stimme beigezogen werden können.

156 der Beilagen. — Konstituierende Nationalversammlung.

25

Regierungsvorlage:

(2) Die näheren Bestimmungen über Einrichtung und Verfahren dieses Gerichtes, dann über Rechte und Pflichten seiner Beisitzer werden durch Vollzugsanweisung getroffen.

§ 55.

(1) Beschwerden gegen Verfügungen der einer Militärversorgungskommission nachgeordneten Behörden und Organe (§ 49) sind binnen vier Wochen nach der Verständigung bei der zuständigen Militärversorgungskommission einzubringen.

(2) Klagen gegen Entscheidungen einer Militärversorgungskommission sind binnen sechs Monaten nach der Verständigung beim Militärversorgungsgerichte in Wien einzubringen.

(3) Die Fristen für Beschwerden, Klagen und für das Verlangen nach kommissioneller Überprüfung (§ 48, Absatz 2) gelten als gewahrt, wenn das Rechtsmittel innerhalb der Frist der Post übergeben oder bei einer beliebigen staatlichen Behörde des Inlandes überreicht worden ist. In rückfichtswürdigen Fällen kann die Versäumnis einer Rechtsmittelfrist nachgesehen werden.

(4) Auf das Verfahren vor den Militärversorgungskommissionen und den ihnen nachgeordneten Behörden finden, soweit dieses Gesetz nicht anderes bestimmt, die Vorschriften des Gesetzes vom 12. Mai 1896, R. G. Bl. Nr. 101, Anwendung.

§ 56.

Zur Anfechtung von Bescheiden und Entscheidungen der Militärversorgungskommissionen ist auch die staatliche Finanzverwaltung berechtigt. Die Frist zu dieser Anfechtung läuft vom Zeitpunkte der Verständigung des Vertreters der Finanzverwaltung.

§ 57.

(1) Ein Rechtsmittel der staatlichen Finanzverwaltung, mit dem die Leistungspflicht des Staates zur Gänze angefochten wird, hat aufschiebende Wirkung. In Fällen dringenden Bedarfes ist eine vorläufige Unterstützung zu gewähren.

(2) Wenn durch ein Rechtsmittel der staatlichen Finanzverwaltung die Leistungspflicht des Staates nur bezüglich ihrer Höhe bestritten wird, ist vorläufig die Leistung im nicht bestrittenen Ausmaße in Vollzug zu setzen.

(3) Wenn nach der endgültigen Entscheidung die Leistungspflicht des Staates hinter dem Ausmaße einer vorläufig gewährten Leistung oder Unterstützung zurückbleibt, ist der Anspruchswerber zum

Antrag des Ausschusses:

(2) Die näheren Bestimmungen über Einrichtung und Verfahren dieses Gerichtes, dann über Rechte und Pflichten seiner Beisitzer werden durch Vollzugsanweisung getroffen.

§ 55.

(1) Beschwerden gegen Verfügungen der einer **Invalidentenschädigungskommission** nachgeordneten Behörden und Organe (§ 49) sind binnen vier Wochen nach der Verständigung bei der zuständigen **Invalidentenschädigungskommission** einzubringen.

(2) Klagen gegen Entscheidungen einer **Invalidentenschädigungskommission** sind binnen sechs Monaten nach der Verständigung beim **Invalidentenschädigungsgerichte** in Wien einzubringen.

(3) Die Fristen für Beschwerden, Klagen und für das Verlangen nach kommissioneller Überprüfung (§ 48, Absatz 2) gelten als gewahrt, wenn das Rechtsmittel innerhalb der Frist der Post übergeben oder bei einer beliebigen staatlichen Behörde des Inlandes überreicht worden ist. In rückfichtswürdigen Fällen kann die Versäumnis einer Rechtsmittelfrist nachgesehen werden.

(4) Auf das Verfahren vor den **Invalidentenschädigungskommissionen** und den ihnen nachgeordneten Behörden finden, soweit dieses Gesetz nicht anderes bestimmt, die Vorschriften des Gesetzes vom 12. Mai 1896, R. G. Bl. Nr. 101, Anwendung.

§ 56.

Zur Anfechtung von Bescheiden und Entscheidungen der **Invalidentenschädigungskommissionen** ist auch die staatliche Finanzverwaltung berechtigt. Die Frist zu dieser Anfechtung läuft vom Zeitpunkte der Verständigung des Vertreters der Finanzverwaltung.

§ 57.

(1) Ein Rechtsmittel der staatlichen Finanzverwaltung, mit dem die Leistungspflicht des Staates zur Gänze angefochten wird, hat aufschiebende Wirkung. In Fällen dringenden Bedarfes ist eine vorläufige Unterstützung **mindestens mit der Hälfte der zuerkannten Leistung** zu gewähren.

(2) Wenn durch ein Rechtsmittel der staatlichen Finanzverwaltung die Leistungspflicht des Staates nur bezüglich ihrer Höhe bestritten wird, ist vorläufig die Leistung im nicht bestrittenen Ausmaße in Vollzug zu setzen.

(3) Wenn nach der endgültigen Entscheidung die Leistungspflicht des Staates hinter dem Ausmaße einer vorläufig gewährten Leistung oder Unterstützung zurückbleibt, ist der Anspruchswerber zum

Regierungsvorlage:

Rückersage des empfangenen Mehrbetrages nicht verpflichtet.

(4) Rechtsmittel des Anspruchswerbers haben keine aufschiebende Wirkung.

§ 58.

Alle zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Eingaben und Protokolle sind unbedingt, deren Beilagen sind bedingt von den Stempel- und unmittelbaren Gebühren befreit.

XIII. Schluß- und Übergangsbestimmungen.

§ 59.

(1) Dieses Gesetz tritt am in Kraft und bleibt solange und soweit in Wirksamkeit, als nicht durch ein für Deutschösterreich geltendes Gesetz des Deutschen Reiches eine abweichende Regelung erfolgt.

(2) Mit seiner Durchführung ist das Staatsamt für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit den anderen beteiligten Staatsämtern betraut.

§ 60.

(1) Die zur Durchführung dieses Gesetzes dienenden näheren Bestimmungen werden durch Vollzugsanweisungen getroffen.

(2) Im Verhältnisse zum Auslande und zu Ausländern können bei verbürgter Gegenseitigkeit oder in Anwendung des Vergeltungsrechtes einzelne Bestimmungen dieses Gesetzes durch Vollzugsanweisung abgeändert werden.

§ 61.

(1) Für Gesundheitschädigungen aus einer im § 1 bezeichneten Ursache, die vor Beginn der Wirksamkeit dieses Gesetzes eingetreten sind, gebührt künftighin die Vergütung nach den Bestimmungen dieses Gesetzes, wenn der Anspruch innerhalb der im § 30 bestimmten Fristen durch Anmeldung (§ 39) geltend gemacht wird.

(2) Versorgungsgenüsse, die bisher vom Staate aus demselben Anlasse geleistet worden sind oder auf die nach den bisher in Geltung stehenden Bestimmungen ein Anspruch gegen den Staat erworben worden ist, bleiben für die Dauer des Zutreffens ihrer Voraussetzungen auch für die Zukunft mit dem Betrage aufrecht, um den sie die Leistungen

Antrag des Ausschusses:

Rückersage des empfangenen Mehrbetrages nicht verpflichtet.

(1) Rechtsmittel des Anspruchswerbers haben keine aufschiebende Wirkung.

§ 58.

Alle zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Eingaben und Protokolle sind unbedingt, deren Beilagen sind bedingt von den Stempel- und unmittelbaren Gebühren befreit.

XIII. Schluß- und Übergangsbestimmungen.

§ 59.

(1) Dieses Gesetz tritt an dem durch Vollzugsanweisung zu bestimmenden Tage, spätestens am 1. Juli 1919, in Kraft und tritt außer Wirksamkeit, sobald und insoweit ein für Deutschösterreich geltendes Gesetz des Deutschen Reiches eine abweichende Regelung trifft.

(2) Mit der Durchführung des Gesetzes ist das Staatsamt für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit den anderen beteiligten Staatsämtern betraut.

§ 60.

(1) Die zur Durchführung dieses Gesetzes dienenden näheren Bestimmungen werden durch Vollzugsanweisungen getroffen.

(2) Im Verhältnisse zum Auslande und zu Ausländern können bei verbürgter Gegenseitigkeit oder in Anwendung des Vergeltungsrechtes einzelne Bestimmungen dieses Gesetzes durch Vollzugsanweisung abgeändert werden.

§ 61.

(1) Für Gesundheitschädigungen aus einer im § 1 bezeichneten Ursache, die vor Beginn der Wirksamkeit dieses Gesetzes eingetreten sind, gebührt künftighin die Vergütung nach den Bestimmungen dieses Gesetzes, wenn der Anspruch innerhalb der im § 30 bestimmten Fristen durch Anmeldung (§ 39) geltend gemacht wird.

(2) Versorgungsgenüsse, die bisher vom Staate aus demselben Anlasse geleistet worden sind oder auf die nach den bisher in Geltung stehenden Bestimmungen ein Anspruch gegen den Staat erworben worden ist, bleiben für die Dauer des Zutreffens ihrer Voraussetzungen auch für die Zukunft mit dem Betrage aufrecht, um den sie die Leistungen

Regierungsvorlage:

nach diesem Gesetze übersteigen. Auf die nach den bisherigen Bestimmungen zustehenden noch nicht zuerkannten Ansprüche finden die Verfahrensvorschriften dieses Gesetzes Anwendung.

(3) Inwiefern Personalzulagen und gnadenweise Zuwendungen, die auf Grund von Kriegsbeschädigungen zuerkannt wurden, den in Absatz 2 erwähnten Versorgungsgenüssen gleichzuhalten sind, wird durch Vollzugsanweisung bestimmt.

§ 62.

Jenen Personen, für welche dieses Gesetz eine Neuregelung der Militärversorgung enthält, sind die auf Grund des österreichischen Gesetzes vom 27. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 313 (§ 4, Absatz 3 und 4), und vom 28. März 1918, R. G. Bl. Nr. 119, angewiesenen Unterhaltsbeiträge oder Zuwendungen bei fortdauernder Erfüllung der übrigen dort aufgestellten Bedingungen auch nach Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes noch so lange weiter zu leisten, bis über Bestand und Höhe eines Rentenanspruches nach diesem Gesetze entschieden ist. Solche vorläufig weiter belassene Unterhaltsbeiträge und Zuwendungen sind auf die nach diesem Gesetze für denselben Zeitraum gebührenden Leistungen anzurechnen.

§ 63.

Zu den auf Grund dieses Gesetzes gebührenden Renten, die im ersten Jahre nach Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes fällig werden, sind Teuerungszulagen in der Höhe von 50 vom Hundert des Rentenanspruches zu leisten.

Antrag des Ausschusses:

nach diesem Gesetze übersteigen. Auf die nach den bisherigen Bestimmungen zustehenden, noch nicht zuerkannten Ansprüche finden die Verfahrensvorschriften dieses Gesetzes Anwendung.

(3) Inwiefern Personalzulagen und gnadenweise Zuwendungen, die auf Grund von Kriegsbeschädigungen zuerkannt wurden, den in Absatz 2 erwähnten Versorgungsgenüssen gleichzuhalten sind, wird durch Vollzugsanweisung bestimmt.

§ 62.

Jenen Personen, für welche dieses Gesetz eine Neuregelung der Militärversorgung enthält, sind die auf Grund des österreichischen Gesetzes vom 27. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 313 (§ 4, Absatz 3 und 4), und vom 28. März 1918, R. G. Bl. Nr. 119, angewiesenen Unterhaltsbeiträge oder Zuwendungen bei fortdauernder Erfüllung der übrigen dort aufgestellten Bedingungen auch nach Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes noch so lange weiter zu leisten, bis über Bestand und Höhe eines Rentenanspruches nach diesem Gesetze entschieden ist. Solche vorläufig weiter belassene Unterhaltsbeiträge und Zuwendungen sind auf die nach diesem Gesetze für denselben Zeitraum gebührenden Leistungen anzurechnen.

§ 63.

Zu den auf Grund dieses Gesetzes gebührenden Renten, die im ersten Jahre nach Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes fällig werden, sind Teuerungszulagen in der Höhe von 50 vom Hundert des Rentenanspruches zu leisten.

· / 2

Resolution.

„Nach spätestens einem Jahr vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes wird eine Revision des Gesetzes, insbesondere der Renten- und anderen Zuwendungssätze vorgenommen. Dabei wird die möglichste Übereinstimmung zugunsten der mit diesem Gesetz zu schützenden Personen mit Gesetzen gleichen Inhalts anzustreben sein, soweit solche Gesetze bis dahin von anderen durch den Krieg betroffenen Staaten geschaffen worden sind.“
